Monitoring-Projekt

Zivile Konfliktbearbeitung · Gewalt- und Kriegsprävention

Dossier IV

Der Afghanistan-Konflikt

Herausgegeben von der Kooperation für den Frieden

Impressum

Herausgeberin:
Kooperation für den Frieden
Römerstraße 88 · 53111 Bonn
Tel. 02 28 / 69 29 04 · Fax 02 28 / 69 29 06
info@koop-frieden.de
www.koop-frieden.de
in Zusammenarbeit mit
dem Förderverein Frieden e.V.

Spendenkonto: Förderverein Frieden e.V.
Kto.-Nr. 1900 726 793
Sparkasse KölnBonn, BLZ 370 501 98
Stichwort: Monitoring-Projekt

Monitoring-Projekt: Zivile Konfliktbearbeitung,
Gewalt- und Kriegsprävention
Dossier IV: Der Afghanistan-Konflikt
2. Auflage 3.000 Expl., Dezember 2009,
Gesamtauflage: 27.000 Expl.

Grafik & Satz: www.kippconcept.de
alle Fotos: www.version-foto.de

1 Expl. à 1,20 EUR
ab 5 Expl. à 1,00 EUR
ab 50 Expl. à 0,70 EUR
jeweils zzgl. Versandkosten
Bestellung siehe Rückseite

Text und v.i.S.d.P.:
Andreas Buro c/o Kooperation für den Frieden

Kooperation für den Frieden (www.koop-frieden.de)

ist ein Zusammenschluss friedenspolitisch aktiver Organisationen und Initiativen in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Kooperation für den Frieden

- organisiert Diskussions- und Beratungsprozesse innerhalb der Friedensbewegung
- fördert den Austausch von Informationen und Einschätzungen zwischen Organisationen und Gruppen
- unterstützt oder initiiert Veranstaltungen und Kampagnen
- veröffentlicht die aus diesen Prozessen hervorgegangenen Positionen
- verbreitet Aktionsvorschläge für die Friedensarbeit
- ermöglicht persönliche Kontakte zwischen Aktiven, z.B. bei der Mitarbeit im Kooperationsrat oder bei den jährlichen Konferenzen.

Mitwirkende der Kooperation für den Frieden

Aachener Friedenspreis e.V.; Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF); Aktionsgemeinschaft Friedenswoche Minden; Antikriegsbündnis „Menschen für den Frieden Düsseldorf"; Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung e.V. (asfrab); Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion KURVE Wustrow; Bremer Aktion für Kinder (BAKI); Bund demokratischer WissenschaftlerInnen (BdWi); Bund für Soziale Verteidigung (BSV); Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU); Christen für gerechte Wirtschaftsordnung (CGW); DFG-VK Bundesverband; EUCOMmunity; Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung von Kriegsdienstverweigerern (EAK); Evangelisch-methodistische Kirche in Deutschland, Friedensausschüsse; Forum Friedensethik in der Evangelischen Landeskirche in Baden; Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FiFF); Frauen in Schwarz, Hamburg; Frauen in Schwarz, Köln; Frauennetzwerk für Frieden (FNF);Friedensforum Münster; Friedensgruppe Altenholz; Friedensinitiative Kyritz-Ruppiner Heide; Friedensinititiative Nottuln; Friedensrat Müllheim;Friedenszentrum Braunschweig; Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Hauptvorstand; Heidelberger Friedensratschlag; Institute for International Assistance and Solidarity (IFIAS); Internationale JuristInnen gegen ABC-Waffen (IALANA); Infostelle für Friedensarbeit; Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges / Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW); Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF); Internationaler Versöhnungsbund, deutscher Zweig (VB); Komitee für Grundrechte und Demokratie; Koordinierungsausschuss der Friedensbewegung in der Region Ingolstadt; Leserinitiative Publik e.V.; Lebenshaus Schwäbische Alb; Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie e.V.; Menschen für den Frieden/Anti-Kriegsbündnis Düsseldorf; Mönchengladbacher Friedensforum; NaturwissenschaftlerInnen-Initiative „Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit" (NatWis); Netzwerk Friedenskooperative; Netzwerk Friedenssteuer; Ökumenisches Friedensnetz Düsseldorfer Christinnen und Christen; Ökumenisches Netz Württemberg; Ökumenisches Zentrum für Umwelt-, Friedens- und Eine-Welt-Arbeit, Berlin; Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden (PPF); Pax Christi, Deutsche Sektion; Rhöner Friedenswerkstatt im UNESCO-Biosphärenreservat, Künzell; Sichelschmiede, Werkstatt für Friedensarbeit in der Kyritz-Ruppiner Heide; Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA); Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden (WfgA); Würselener Initiative für den Frieden *(Stand: Dezember 2009)*

Editorial

Ein gutes Jahr ist vergangen, seit Andreas Buro mit dem vorliegenden, von der „Kooperation für den Frieden" herausgegebenen, Monitoringdossier Nummer Vier zum Afghanistan-Konflikt eine weitere Arbeit zur zivilen Transformation und Bearbeitung militärischer Konflikte vorgelegt hat.

Heute, vor Drucklegung der 2. Auflage verdienen einige aktuelle Entwicklungen Aufmerksamkeit:

Die Bilanz von acht Jahren Afghanistan-Krieg, die General McChrystal am 30. August 2009 an US-Verteidigungsminister Gates schickte, war erschreckend nüchtern. Auf 66 Seiten legte der General dar, wie ernst die Lage ist – vor allem deshalb weil die afghanische Bevölkerung kein Vertrauen hat, weder in die korrupte Karzai-Regierung, noch in die internationalen Truppen. Dennoch hofft McChrystal, mit einer mittlerweile von Präsident Obama beschlossenen deutlichen Truppenverstärkung das Blatt binnen eines Jahres wenden und das Vertrauen der Menschen in Afghanistan gewinnen zu können.

Die Widersprüchlichkeit, die in McChrystals Analyse zum Ausdruck kommt, kennzeichnet die strategische Diskussion in den USA, in der NATO und mittlerweile auch in Deutschland.

So dachte Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg kurz nach Einrichtung eines Untersuchungsausschusses zum schrecklichen Bombardement entführter Tanklastzüge bei Kundus am 4. September, presseöffentlich darüber nach, „ob das, was Henry Kissinger ‚Kommunikationskanäle' genannt hat, politisch nachzuschärfen ist. Nicht jeder Aufständische bedroht gleich die westliche Gemeinschaft." Und der Afghanistanbeauftragte der Bundesregierung, Bernd Mützelburg, kündigte im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages an, in eine Friedenslösung müssten langfristig auch Führer der Aufständischen wie Mullah Omar und Gulbuddin Hekmatyar einbezogen werden.

Als die Kooperation für den Frieden im Januar 2008 ihre Strategiekonferenz in Aachen zum Thema Afghanistan abhielt, gab es bereits von unterschiedlichen Konfliktparteien innerhalb Afghanistans Signale der Verhandlungsbereitschaft. In Afghanistan führte die aufkommende gesellschaftliche Debatte über einen möglichen Verhandlungsprozess zur Gründung der „Nationalen Friedens-Jirga" (Friedensversammlung).

Schon bald danach kam es zu ersten Kontakten zwischen der Kooperation für den Frieden und der Friedens-Jirga, die sich im September 2008 in einer gemeinsamen Erklärung niederschlugen. In ihr wurde unter anderem die Bundesregierung aufgefordert, „durch eigene Schritte, eventuell gemeinsam mit anderen europäischen Regierungen, islamischen und blockfreien

Ländern, in Gesprächen mit den unterschiedlichen Gruppierungen der afghanischen Opposition einschließlich der Taliban und mit der afghanischen Regierung eine neue Tür für Verhandlungen zu öffnen und einen Verhandlungsprozess nach Kräften zu fördern." Zugleich wurde die Forderung nach einem Abzug der ausländischen Truppen gestellt. „Unabdingbare Bedingung für erfolgreiche Verhandlungen ist die Festlegung konkreter Daten, an denen der Abzug der internationalen Truppen aus Afghanistan beginnt und endet. Nur so kann auch im Lande eine eigenständige Struktur geschaffen werden. Die Bekanntgabe fester Abzugsdaten würde in der afghanischen Bevölkerung Vertrauen wecken und somit auch zum Frieden beitragen", heißt es in der Erklärung.

Bald darauf entwickelte sich aus dieser gemeinsamen Erklärung der Vorschlag, über regionale Waffenstillstände die Aufnahme von Gesprächen und schließlich Verhandlungen zu erleichtern. Mit Blick auf die Bundesregierung wurde ein erster Waffenstillstand in der Provinz Kundus vorgeschlagen. Sondierungen der Friedens-Jirga bei den Taliban ergaben im Frühjahr 2009 Zustimmung, das Auswärtige Amt reagierte mit Desinteresse.

Nachdem es ohne Beteiligung der Friedens-Jirga im Juli in einer kleinen afghanischen Provinz zu einem regionalen Waffenstillstand kam, schlugen die Kooperation für den Frieden und die Nationale Friedens-Jirga Afghanistans am 31. Juli in einer weiteren gemeinsamen Erklärung einen Waffenstillstand für Kundus vor. Auch dieses Mal reagierten die Taliban mit Zustimmung, und zwar nicht nur ihre Kommandeure in Kundus, sondern auch die zentrale Führung im pakistanischen Quetta. Sie signalisierten zugleich ihre Bereitschaft, von Kundus ausgehend, Provinz für Provinz Waffenstillstände zu schließen. Sie seien auf Perspektive bereit, die Waffen niederzulegen und als politische Partei in Afghanistan zu agieren, wenn auch die anderen Seiten zu diesem Verhandlungsprozess bereit seien. Und: zeitgleich mit der intensiven Strategiedebatte in den USA veröffentlichten sie im Internet eine Erklärung, in der sie sich praktisch von El Kaida lossagten – ein wichtiges Signal!

Erstaunlicherweise waren die Aufständischen nach dem Bombardement am 4. September 2009 bereit, auf eine Racheaktion gegen die Bundeswehr im Raum Kundus zu verzichten. Stattdessen reduzierten sie nach eigenen Angaben ihre militärischen Aktionen zeitweise um die Hälfte. Noch immer gibt es von ihrer Seite Signale der Verhandlungsbereitschaft.

Wird sich die Bundesregierung nach den Äußerungen von Guttenberg und Mützelburg demnächst auf Gespräche, oder gar Verhandlungen mit den Aufständischen einlassen? Oder wird sie mit von der Obama-Administration geforderten Truppenverstärkungen in Afghanistan auf weitere Eskalation setzen?

Das nachstehende Dossier von Andreas Buro hat nichts von seiner Aktualität verloren, im Gegenteil: Der Autor zeigt die wesentlichen Ursachen des Konflikts auf und benennt konkrete Grundlagen für eine zivile Bearbeitung des Afghanistan-Konflikts.

Otmar Steinbicker
Kooperation für den Frieden

Der Afghanistan-Konflikt

Die Intervention der USA und der NATO in Afghanistan hatte ursprünglich – so die Legitimation – die Selbstverteidigung der USA, die Ausschaltung der Al Quaida-Terroristen zum Ziel. Mittlerweile ist sie zu einem Kampf gegen die seinerzeit in Afghanistan herrschenden Taliban geworden, um das Land in eine Demokratie zu verwandeln. Obwohl bekanntlich die Mittel die Ziele bestimmen, wurde die Intervention mit Hilfe der nördlichen War Lords betrieben, die nichts mit Demokratie zu tun haben. Der Krieg wird auf dem Rücken der Bevölkerung des Landes geführt, die nicht nur „Kollateralschäden" zu tragen hat, sondern auch unter bitterer Armut leidet. Dieser Krieg bietet ihr keine Entwicklungsperspektive.

Die deutsche Beteiligung wird u.a. mit der These legitimiert: „Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt." Die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung lehnt jedoch den westlichen Interventionskrieg und die deutsche Beteiligung daran ab. Je mehr Deutschland sich in die Verstrickungen dieses Krieges begibt, desto stärker wird es als Feind der islamischen Welt wahrgenommen.

Dieser unheilvollen Entwicklung wollen wir entgegenwirken, indem wir im Rahmen des ***Monitoring-Projekts: Zivile Konfliktbearbeitung, Gewalt- und Kriegsprävention*** zivile, eben nicht-militärische Möglichkeiten der Konfliktbearbeitung aufzeigen. Dabei skizzieren wir nicht eine heile und vernünftige Welt, die es in Wirklichkeit nicht gibt, sondern knüpfen an den legitimen Interessen der Konfliktakteure an. Die militärische Kontrolle von Rohstoffreserven anderer Länder, der Sturz von unliebsamen Regierungen, die Installierung von abhängigen Regimen, die Errichtung strategischer Militärstützpunkte und die Einübung der NATO als militärischem Instrument der reichen Industriestaaten für weltweite Einsätze gehören sicher nicht zu den legitimen Interessen.

Wir plädieren in diesem Dossier für eine konsequente Friedens- und Entwicklungspolitik, die den Bedürfnissen der afghanischen Gesellschaft entspricht. Damit soll Konfrontation in Kooperation transformiert werden. Deutschland könnte dabei – auch zum Vorteil der eigenen Gesellschaft – eine wichtige Rolle spielen, wenn es seine gegenwärtige Politik und Ausrichtung auf weltweite Interventionen aufgeben und auf eine Politik der zivilen Konfliktbearbeitung umschwenken würde. Gegenwärtig sind Tendenzen zu einem solchen Umschwung nicht erkennbar, eher das Gegenteil.

Dieses Dossier soll dazu dienen, ein Bild einer anderen, einer friedlichen, zivilen Politik zur Lösung von Konflikten bei den Bürgerinnen und Bürgern unserer Gesellschaft bekannt zu machen, damit sie wissen, militärgestützte Kriegspolitik ist nicht alternativlos.

Andreas Buro

Für Kritik, Änderungsvorschläge und Ergänzungen gebührt Dank Matin Baraki, Hanne-Margret Birckenbach, Volker Böge, Cornelia Brinkmann, Ursula Emmerich, Susanne Grabenhorst, Karl Grobe, Dieter Hampel, Christoph R. Hörstel, Wolf-Dieter Narr, Clemens Ronnefeldt, Jürgen Rose, Herbert Sahlmann, Dieter Senghaas und Eva Senghaas-Knobloch, Martin Singe, Mani Stenner, Otmar Steinbicker, Helga und Konrad Tempel. Verantwortlich für den endgültigen Text ist allein Andreas Buro.

Elemente der aktuellen Konfliktsituation

Folgende Elemente charakterisieren die Situation im afghanischen Konflikt:

Zur Lage in Afghanistan

■ *„Am 9. Mai 2008 haben sich in Kabul 3000 Stammesvertreter, Intellektuelle und Politiker aus allen Teilen Afghanistans zur ‚Nationalen Friedens-Jirga' und damit zu einer landesweiten Friedensbewegung zusammengeschlossen. Sie repräsentiert die breite, kriegsmüde Bevölkerungsmehrheit vor allem aus dem Süden und Osten Afghanistans, die sich dringend nach Frieden und nach einem Abzug der ausländischen Soldaten sehnt, die längst nicht mehr als Befreier, sondern immer stärker als Besatzungsmacht empfunden werden. Ihre Botschaft lautet: Afghanistan ist noch nicht verloren. Der Krieg ist auf dem Schlachtfeld nicht zu gewinnen, und nur ein Dialog kann Schlimmeres verhindern. Es gibt Menschen, die bereit sind zu helfen, damit der Friedensprozess in Gang kommt und Afghanistan in eine friedliche Zukunft blicken kann. Sie bitten die europäischen Regierungen und insbesondere die Bundesregierung um Hilfe."* (Otmar Steinbicker, Aachener Friedenspreis e.V., in den „Aachener Nachrichten", 5. 7. 2008)

Für die Bundesregierung eröffnet sich damit eine Chance, sich für Frieden in Afghanistan zu engagieren. Dazu muss sie sich von der bisherigenKriegspolitik distanzieren, wenn sie die Rolle einer Maklerin übernehmen will.

■ **Afghanistan ist ein Vielvölkerstaat** und hat somit eine Bevölkerung mit sehr unterschiedlichen Loyalitäten. Paschtunen (ca. 40 %), Tadschiken (25 %), mongolstämmige Hazara (15 %) und Usbeken (5 %) sind die größten Völker neben vielen weiteren kleineren. Dari, Paschtu und Usbekisch sind die vorherrschenden Sprachen. Verbindend wirkt, dass fast alle Muslime sind (ca. 84 % Sunniten, 15 % Schiiten). Die Religion ist ein wichtiges verbindendes Element. Es bestehen große Unterschiede zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung, welche die große Mehrheit der etwa 29 Millionen Einwohner ausmacht. Ein modernes produktives Bürgertum existiert in diesem Lande fast nicht.

■ **Heute liegt Afghanistan auf Platz 181 von 182** des vom UN-Entwicklungsprogramm berechneten „Human Development Index" (HDI) *(VENRO Positionspapier 11/09)*. Die Lebenserwartung wird mit 43,8 Jahren *(UN World Population Prospects, The 2006 Revision)* bis 44,64 Jahren *(geschätzt für 2009, CIA World Factbook Mai 2008)* angegeben.

Die Armut ist auf dem Lande besonders groß. Unter wachsenden Teilen der Bevölkerung herrscht sogar Hungersnot. Landwirtschaft und Tierhaltung sind die wichtigsten Arbeitsgebiete. Die afghanische Bevölkerung ist insbesondere durch die Lebensweise auf dem Lande mit den Stammestraditionen stark verbunden. Die medizinische und soziale Versorgung ist in der Regel schlecht, gering ist der Grad der schulischen Ausbildung. Traditionelle Haltungen und Beziehungen gestalten in hohem Maße das Alltagsleben und das Rechtswesen. Die Regierung in Ka-

bul und ihr Rechtssystem sind weit entfernt und ohne wirklichen Einfluss auf das Leben der Menschen. Die Landbevölkerung wird von der Entwicklungshilfe kaum erreicht. Die internationale Entwicklungspolitik erfolgt ohne konsistente Strategie, die die unterschiedlichen Bedürfnisse insbesondere der ländlichen Bevölkerung berücksichtigt. Sie ist vor allem nicht angemessen friedenspolitisch orientiert. Die Abstimmung der Entwicklungszusammenarbeit mit den AfghanInnen erfolgt meist nicht oder nicht auf den wichtigsten Hierarchieebenen und wird von den Geberländern dominiert.

■ **Historische Erfahrungen,** ständige Zivilverluste durch Bombardements, mangelnde Sicherheit, Armut und die starken traditionellen Bindungen veranlassen viele AfghanInnen, sich gegen die Interventen von außen zu wenden. **„Modernisierung" nach fremden Vorbildern ist in der Geschichte Afghanistans immer wieder auf großen Widerstand gestoßen** und hat zum Sturz oder sogar zur Ermordung von Herrschern geführt. Auch die Mobilisierung von Widerstand durch die USA gegen die damalige kommunistische Regierung in Kabul, der die sowjetische Invasion 1979 zur Folge hatte, baute auf traditionelle Orientierungen und Werte, die gegen westliche Modernisierung – so wurde auch die sowjetische Intervention dort begriffen – standen. Landesweite Kooperationsbereitschaft zur westlich geprägten Modernisierung, wenn sie nicht der unmittelbaren und fühlbaren Förderung der Lebensbedingungen dient, ist also nicht selbstverständlich. Die Bedeutung der Stämme, die auf ihrer Eigenständigkeit bestehen, ist nach wie vor groß. Um in der afghanischen Politik einen gewissen Einfluss zu haben, ist die Unterstützung von Stämmen sowie das Verständnis ihrer komplexen Strukturen und Wertesysteme unverzichtbar. Heute wird vielfach anerkannt, dass der 2001 auf dem Petersberg eingeleitete politische Prozess zum Wiederaufbau Afghanistans fehlerhaft war.

■ **Der jahrzehntelange Krieg** hat die Menschen in mehrfacher Hinsicht schwer belastet. Sie haben Angehörige verloren, waren als Opfer und Täter beteiligt und wurden körperlich und seelisch verletzt. Es muss davon ausgegangen werden, dass die afghanische Gesellschaft noch sehr lange an dieser Traumatisierung leiden wird und dass es darauf ankommt, eine Situation zu schaffen, in der die Geschichte der Gewalt verarbeitet werden kann. Die Gesellschaft ist von den jahrelangen Kriegen geprägt. Der mangelhafte politische Prozess nach 2001 hat zu einer Situation geführt, in der neben offiziellen Strukturen neue informelle, unsichere, partielle Herrschaftsformen (Warlords, Opiumkartelle) im Sinn eines „informellen Kräftegleichgewichts" aufgebaut wurden. Mit dem weltweit höchst selten angewandten System des Single Non-Transferable Vote[1] ist im Jahre 2005 ein Wahlsystem installiert worden, das nicht erlaubt, starke Koalitionen zu bilden, und darüber hinaus die Wahl ehemaliger Gewaltakteure und Drogenbarone begünstigte. Westliche Demokratiemodelle erscheinen für die Situation des Landes historisch problematisch: Der traditionelle afghanische Prozess der Willensbildung stützt sich auf das System der Jirgas

1 In diesem Wahlsystem der „einfachen nicht-übertragbaren Stimme" hat jeder Stimmberechigte eine Stimme. Die KandidatInnen mit den meisten Stimmen sind gewählt.

(= Ratssitzungen), denen der reine Mehrheitsentscheid nach westlichem Verständnis fern liegt. Vielmehr bemühen sich AfghanInnen eher um Konsensbildung. Gerade in Zeiträumen, die eine nationale Erholung von außengesteuerten Auseinandersetzungen und den Rückzug fremder Truppen vorsehen, muss dieser zentrale Unterschied zu unseren modernen Konfliktgesellschaften verstanden und respektiert werden. Der Verlauf und der Ausgang der Präsidentschaftswahlen 2009 zeigen, dass die afghanische Bevölkerung von einer demokratischen Teilhabe zur Zeit weit entfernt ist.

■ **Gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen** sind langsame und langfristige Prozesse. Modernisierung muss aus der Gesellschaft heraus entstehen, zusammen mit der Veränderung der Produktionsstrukturen. Dabei ist es ein großes Problem, dass von allen Seiten billige Industrieprodukte ohne Rücksicht auf die eigenen Produktionen in das Land einströmen und so eigenständige Produktionsstrukturen durch Verdrängungskonkurrenz zerstören oder gar nicht erst entstehen lassen. Nachholende Industrialisierung hat in vielen Teilen der Welt, so auch in Deutschland, Schutzzölle vor übermächtiger internationaler Konkurrenz benötigt. Diese Bedingung ist gegenwärtig in Afghanistan nicht gegeben.

■ **Die Regierung in Kabul** ist weitgehend abhängig von der Unterstützung durch die Interventionsmächte, die über 90 % ihres Budgets finanzieren, und sie militärisch nur notdürftig und keineswegs nachhaltig abzusichern versuchen. Dieser Versuch ist zudem auf die Hauptstadt und regionale Zentren (u. a. Provinzhauptstädte) begrenzt. Erhebliche Teile der hier tätigen äußerst kleinen „modernen“ Elite sind von den Zahlungen der Interventen abhängig und so an sie gebunden, was eine eigenständige, auf die afghanischen Interessen bezogene Politik behindert. Durch die mehr oder minder offene Einbeziehung von Drogenwarlords in diese provisorische Absicherung werden die Probleme Afghanistans vertieft und konserviert.

■ Die **Zusammensetzung der Regierungsinstitutionen** ist in erheblichem Maße dadurch bestimmt, dass die USA ihren Angriff auf Afghanistan in Kooperation mit den Warlords des Nordens – also Kräften aus den nicht-paschtunischen Teilen des Landes – betrieben haben, die an der Zerstörung Kabuls zwischen 1992 und 1996 beteiligt waren. Diese Warlords spielen nun eine wichtige Rolle in den Regierungsinstitutionen. Von ihnen demokratisches Verhalten oder Interesse zu erwarten, ist illusorisch. Sie sind an der Besetzung von Machtpositionen und Einflussnahme zu ihren Gunsten interessiert. In ihren eigenen regionalen Machtbereichen blocken sie eine Einflussnahme der zentralen Regierung eher ab. Es sind also nicht nur die Taliban, sondern auch die Warlords und die mit ihnen vernetzten Opiumbarone der Nordallianz, welche die Einflussmöglichkeiten der Regierung weitgehend beschränken.

■ Angesichts der erheblichen **Inkompetenz der offiziellen Gerichte**, der schlechten Bezahlung von Polizei und Militär sowie der problematischen Zusammensetzung der Regierung und ihrer Institutionen spielt Korruption von oben bis unten eine zentrale Rolle. Das führt unter anderem dazu, dass Hilfsgelder auf offiziellem Wege kaum ihren Weg bis ins ländliche Gebiet finden. Dieser Mangel korrespondiert unglücklich mit der fehlerhaften Entwicklungshilfe, die Sozialprojekte

priorisiert, die in den Bevölkerungen der Geberländer in gutem Ansehen stehen, während nachhaltiger Selbsthilfe-Aufbau und wichtige Infrastrukturmaßnahmen nicht intensiv genug betrieben oder aber einseitig an den militärischen Erfordernissen der Besatzungstruppen ausgerichtet werden. So z.B. wenn Brunnen in der Nähe des militärischen Stützpunktes statt mitten in den Dörfern angelegt werden.

■ Die Interventionsstaaten und andere geben neben den militärischen Ausgaben auch **Gelder für die Entwicklung Afghanistans**. Diese betrugen 2002–2008 für Entwicklungshilfe ca. 15 Mrd. US$ (von zugesagten 25 Mrd. US$) und für Gesundheit/Ernährung ca. 0,43 Mrd. US$ (2002 bis 2006). Dagegen wurden für den militärischen Bereich ca. 223 Mrd. US$ von den USA und 4 Mrd. US$ von Deutschland ausgegeben *(IMI fact sheet Sept. 09)*. Dieses Verhältnis von 10:1 oder schlechter gilt nicht für alle Interventionsstaaten. Caritas international, das Hilfswerk des Deutschen Caritasverbandes, kritisierte aus Anlass der Debatte im Deutschen Bundestag um die Mandatsverlängerung der Bundeswehr für Afghanistan das Missverhältnis zwischen militärischen und zivilen Ausgaben von 4:1 (26.11.09). Im Ergebnis ist jedoch deutlich, dass die Entwicklung des Landes kaum Chancen hat. Viele Kenner beurteilen außerdem die Hilfe als wenig effektiv. Vor allem kommen die Mittel nur in ganz geringem Maße der großen Mehrheit der ländlichen Bevölkerung zugute. Dieses Missverhältnis gilt auch für die etwa 26 Provincial Reconstruction Teams (PRT), die vom Militär gestellt und propagandistisch in den Geberländern stark hervorgehoben werden. Die deutschen NRO lehnen das NATO-Konzept der PRT als eine institutionalisierte Form der zivil-militärischen Zusammenarbeit ab.

„Das Konzept der ‚Vernetzten Sicherheit' – im NATO-Jargon ‚Comprehensive Approach' – bedeutet in der Konsequenz, dass die staatliche Entwicklungszusammenarbeit und Aufbauhilfe den militärischen Zielen im Sinne einer ‚Aufstandsbekämpfung' untergeordnet ist.

Für die Hilfsorganisationen bedeuten die genannten Tendenzen zur zivil-militärischen Zusammenarbeit und zur Unterordnung der Entwicklungshilfe unter politisch-militärische Zielsetzungen eine deutliche Erschwerung und Einschränkung ihrer Arbeit. Sie schaden dem Ansehen und der Glaubwürdigkeit der NRO als unabhängige und unparteiliche humanitäre Akteure. Im Extremfall führt dies dazu, dass Hilfsorganisationen von Teilen der Bevölkerung als Parteigänger des Militärs gesehen und von Aufständischen als vermeintlich legitime Angriffsziele eingestuft werden." (Venro Positionspapier November 2009)

■ Mittlerweile werden unter dem Begriff **„Taliban"** oft alle diejenigen Afghanen verstanden, die sich gegen die ausländischen Streitkräfte zur Wehr setzen, also aufständische Aktionen unternehmen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Taliban in Wirklichkeit eine einheitliche Gruppe bildeten. Richtiger erscheint es, die Heterogenität der Taliban und ihre unterschiedlichen Motivationen anzuerkennen, aber auch deren teilweise Verankerung in der Bevölkerung, speziell in der paschtunischen. Die Taliban basieren zum Teil auf Traditionen der paschtunischen Gesellschaft, zum Teil auf theologischen Begründungen, die vor allem in jüngerer Zeit Verbreitung gefunden haben. Das macht ihre Stärke aus. Allerdings haben auch militärische „Kollateralschäden" große Teile der afghani-

schen Bevölkerung in die Arme der Taliban getrieben. Die Bindungen der Bevölkerung an die Taliban haben vor allem etwas mit Traditionen, Religion, Armut, Perspektivlosigkeit durch wachsende Unsicherheit und mit lokalen Machtverhältnissen zu tun. Sie sind differenziert wahrzunehmen und zu behandeln. Schwarz-Weiß-Einstufungen sind gänzlich ungeeignet.

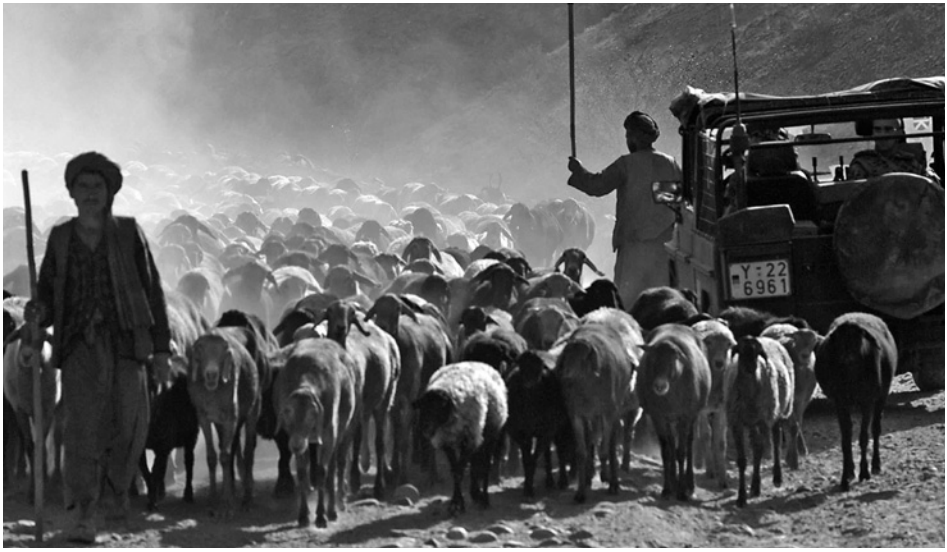
■ **Taliban und Al Qaida sind nicht identisch.** Während die Taliban sich vorwiegend auf die afghanische Situation konzentrieren, folgt Al Qaida einer eher internationalen Orientierung, die auch in Konflikt mit örtlichen Interessen der Taliban geraten kann. Al Qaida wird nicht zuletzt von Nicht-Afghanen unterstützt, deren vornehmliches Ziel der Kampf gegen die ‚westlichen' Mächte ist; das Ziel einer eigenständigen Entwicklung Afghanistans tritt vielfach dahinter zurück. Mit rücksichtslosem Terror, der die Zivilbevölkerung nicht verschont, hat Al Qaida anscheinend immer wieder Sympathie in der Bevölkerung verloren und wird auch von Teilen des afghanischen Widerstandes kritisiert.

■ Die Taliban haben in der Zeit ihrer Herrschaft die **Opiumproduktion** seit 1996 langsam gesteigert, bis auf Proteste/Drohungen aus den USA hin im Jahr 2000 eine radikale Senkung auf rund 100 Tonnen p.a. erreicht wurde, die wohl kaum ohne Hungeraufstände hätte durchgehalten werden können. Dann kam die militärische Intervention und machte jeden Drogenbaron „hoffähig" – auf der einen oder anderen Seite der Kriegsparteien –, so dass die Opiumproduktion sehr ausgeweitet werden konnte. Davon profitieren die Bauern und Bäuerinnen relativ wenig, während die Taliban mit den Opium-Einkünften ihre Kriegführung finanzieren und die Opium-Barone ihren Einfluss absichern. Das Interesse an einer Verringerung der Opiumproduktion ist deshalb gering, die destabilisierende Wirkung offensichtlich. Die Eindämmung des Opiumanbaus gehört nicht zu dem Mandat der ISAF-Truppen. Mittlerweile werden etwa 50 % des Bruttoinlandsprodukts über Drogen erwirtschaftet. Etwa 2 Millionen Afghanen gewinnen daraus ihr Einkommen. Afghanistan hat bereits Kolumbien im Drogenmarkt überholt.

Ziele und Aktivitäten von USA und NATO

■ Der Krieg in Afghanistan ist so schwer zu beenden, weil er ursprünglich Teil der Strategie der Neokonservativen in den USA war, der sogenannten „Greater Middle East Initiative". Es ging um Ziele der US-Imperialpolitik und nicht um Frieden und Demokratie in dem Lande. Für die US-Politik in Zentralasien wurde unter dem Einfluss so wichtiger Außen- und Militärpolitiker wie Brzezinski, Eagleburger und Kissinger ein Konzept entwickelt mit den Hauptzielen: *„Stärkung der Unabhängigkeit der Staaten in dieser Region von ihren Nachbarn (insbesondere Russland, A.B.), Stärkung ihrer Bindungen an den Westen, Brechung des russischen Monopols über die Öl- und Gastransportwege aus der Region. Diese Zielsetzung wurde im Jahre 2000 vom zuständigen US-Unterausschuss des US-Repräsentantenhauses bestätigt."* (Spoo, Eckart, in: Ossietzky 17.7.2008)

In diesem Zusammenhang ging es um den Bau einer Pipeline durch Afghanistan. Hamid Karsai, jetzt Chef in Kabul, fungierte bei den Verhandlungen des Ölgiganten Unocal mit den Taliban über den Bau einer Pipe-



line als Berater des Konzerns. Auch der spätere US-Sonderbeauftragte für Afghanistan, Khalilzad, kommt aus dieser Firma. Sind Öl und Gas die eigentlichen Hauptziele des sogenannten „War on Terror“, so stehen entsprechend Friedensverhandlungen zur Herstellung der afghanischen Souveränität nicht auf der Tagesordnung der militärischen Interventen, sondern nur militärischer Sieg. Ein Teil der Interventionstruppen steht unter dem Mandat des UN-Sicherheitsrats (Resolution 1386 v. 20.12.2001). Es sind dies die International Security Assistance Force (ISAF), die von der NATO geführt wird und einen Frieden erzwingenden Auftrag hat, was heute vielfach Aufstandsbekämpfung heißt. Die Operation Enduring Freedom (OEF) steht unter Führung der USA. Sie soll den Krieg gegen die Taliban und Al Qaida führen. Ursprünglich sollten ISAF und OEF getrennt operieren. Seit 2007 haben sich die Zuständigkeiten zunehmend verwischt. ISAF ist zur Krieg führenden Truppe geworden und fordert mittlerweile in großem Maße Luftunterstützung. Laut United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA) sind zwischen Januar und Juni 2009 1013 afghanische Zivilisten von Aufständischen und alliierten Militärkräften getötet worden; das sind 24 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum 2008 und 48 Prozent mehr als 2007. Für 59 Prozent der Opfer waren Aufständische, für 30,5 Prozent die Alliierten verantwortlich; die übrigen Opfer konnten keiner Seite zugeschrieben werden. Sowohl ISAF-Truppen als auch sonstige Militärkräfte vor allem der USA führen massive Luft- und Artillerieangriffe durch, bei denen nicht klar zwischen feindlichen Kämpfern und Zivilisten unterschieden werden kann. (VENRO Positionspapier) Die verheerenden Folgen können seit dem Bombardement vom 4.9.2009 in Kun-

dus von niemandem mehr geleugnet werden. ISAF wird deshalb von der Bevölkerung immer weniger als eine eigenständige Schutztruppe, sondern als ein Teil der ohne UN-Mandat operierenden Interventionsverbände angesehen, die wenig Rücksicht auf Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung nehmen. Ihre Kriegführung beruht vorwiegend auf High-Tech-Waffen, durch welche sehr häufig große „Kollateralschäden" – also Tote und Verwundete unter der Zivilbevölkerung – entstehen. Dies führt nicht nur zur zunehmenden Abwendung der afghanischen Bevölkerung von den Interventionstruppen, sondern stärkt auch häufig die Kräfte der Taliban, da Leidtragende von Bombardements sich ihnen anschließen.

■ Die Interventionstruppen sehen sich vor viele zivile Probleme gestellt, auf die sie als Militär keine Antwort haben. Sie bemühen sich deshalb, die ihnen fehlenden Fähigkeiten durch die Heranziehung ziviler Organisationen zu erlangen. Das wird als zivil-militärische Zusammenarbeit (ZMZ, auf englisch: CIMIC) bezeichnet. Die ZMZ zivilisiert aber nicht den militärischen Einsatz, sondern dient der Steigerung der Wirksamkeit der militärischen Intervention. Mit einer Politik der Zivilen Konfliktbearbeitung hat dies nichts zu tun.

■ Die deutsche Regierung wird von den USA und der NATO zunehmend gedrängt, ihre Truppenstärke zu erhöhen und sich verstärkt an den Kampfhandlungen im Süden und Osten Afghanistans zu beteiligen. Sie hat diesem Drängen durch den Einsatz von Tornado-Kampfflugzeugen nachgegeben, eine schnelle Eingreiftruppe (QRF) gebildet und kündigt Truppenverstärkungen an. Die 2008 geforderten AWACS-Aufklärungsflugzeuge, mit teilweise deutscher Besatzung, sind für die Bodenaufklärung ungeeignet. Sie dienen vielmehr der weiträumigen Aufklärung der Bewegungen in der Luft bis nach Iran und Pakistan und können auch als Leitstelle für Kampfeinsätze gegen diese Länder verwendet werden. Dieses Mandat kam allerdings wegen fehlender Überflugsrechte nicht zustande.

■ Die Interventionspolitik konzentriert sich vornehmlich auf den Sieg über die Taliban und Al Qaida. Da nichts daraufhin deutet, dass dies in absehbarer Zeit erreicht werden kann, muss man von einem ungewissen Ende der Militärintervention ausgehen. Eine Alternative zur jetzigen Interventionspolitik wird von den Regierungen zumindest öffentlich nur unzureichend erörtert.

■ In den letzten Jahren hat sich die militärische Situation und damit auch die Sicherheitslage für die Bevölkerung von Afghanistan trotz einer deutlichen Verstärkung ausländischer Truppenkontingente drastisch verschlechtert. So heißt es im Positionspapier deutscher Nicht-Regierungsorganisationen: *„Im ersten Halbjahr 2009 stieg die Zahl der Angriffe von Aufständischen pro Monat von 387 im Januar auf 741 im Juni. Im Wahlmonat August ist das Gewaltniveau auf den bisherigen Spitzenwert von 1.092 Angriffen hochgeschnellt. Auch in Regionen, die früher als relativ sicher galten, zum Beispiel die nördlichen Provinzen Kunduz, Balkh und Baghlan, nehmen die Aktivitäten von Aufständischen sowie die kriminelle Gewalt zu. Dieser Mangel an Sicherheit macht sich in vielen gesellschaftlichen Bereichen als Entwicklungshemmnis und Einschränkung von Freiheitsrechten negativ bemerkbar.*

Die Verschlechterung der Sicherheitslage hat auch Auswirkungen auf die Nicht-Regierungsorganisationen: Die Arbeit unserer afgha-

nischen Partnerorganisationen und der eigenen Mitarbeiter wird zunehmend schwieriger und gefährlicher, Bedürftige können schlechter erreicht werden. So verzeichnete das NRO-Sicherheitsbüro ANSO von Januar bis September 2009 114 Angriffe von Aufständischen und Kriminellen auf Hilfsorganisationen, bei denen 17 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ums Leben kamen. Zunehmend wird auch das Personal von Krankenhäusern, Schulen und anderen öffentlichen Sozialeinrichtungen Ziel von Anschlägen. Frauen und Kinder haben deshalb besonders in Unruhegebieten immer schlechteren Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung. Aus besonders gefährdeten Gebieten müssen sich NRO zurückziehen, sie können ihren humanitären und entwicklungspolitischen Auftrag immer schlechter erfüllen. Große Gebiete sind für Hilfsorganisationen und ihre afghanischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Sicherheitsgründen nicht mehr zugänglich." (VENRO, 2009)

Taliban und andere bewaffnete Gruppen kontrollieren nach Schätzungen der internationalen ExpertInnengruppe Senlis Council mittlerweile 72 Prozent des afghanischen Territoriums. Im August 2009 veröffentlichte ICOS (die Nachfolgeorganisation des Senlis Council), in 2009 seien 80 % des Landes *„areas with heavy Taliban/insurgent activity"*.

■ *„Wichtig ist, die Deutschen in Kunduz zu bekämpfen und zu töten. Die Deutschen sind der wichtigste Feind im Norden, und wegen ihrer Stationierung in Kunduz wird diese Stadt bald zum Kandahar des Nordens."* Die Ankündigung von Taliban-Kommandeur Qari Bashir Haqqani an die Bundeswehr 2008 macht deutlich, dass der Boden für die deutsche ISAF-Truppe auch in der stets als relativ friedlich dargestellten Besatzungszone Nord heißer wird. Aus den von ihr kontrollierten Gebieten im Süden stößt die afghanische Guerilla über Provinzen im Westen immer weiter auf die von den Deutschen gehaltenen Positionen vor. *(J. Rose, Freitag, 27, vom 4.7.2008)*

■ Da die NATO als weltweite Interventionstruppe aus westlicher Sicht nicht besiegt werden darf, ist eine ständige militärische Eskalation zu erwarten, denn „Vietnam 1973" – die US-Truppen mussten damals fluchtartig Vietnam verlassen – soll auf alle Fälle vermieden werden. Daher wird die Zahl der SoldatInnen zur Zeit massiv um 30.000 US-Truppen und 10.000 weitere NATO-SoldatInnen aufgestockt. Auch alles dies deutet darauf hin, die Interventionsmächte setzen ganz auf die militärische Karte – eine furchterregende Perspektive!

Interessen und Einfluss der Nachbarstaaten

■ Die Regierungen der Nachbarstaaten Afghanistans – Pakistan, China, Tadschikistan, Usbekistan, Turkmenistan und Iran, aber auch das fernere Russland – haben unterschiedliche und widersprüchliche Interessen an diesem Konflikt. Keine dieser Regierungen hat ein Interesse an der Ausbreitung eines radikalen Islamismus, der in ihren Ländern, insbesondere bei den muslimischen Völkern, zu Opposition und zu Unruhen führen könnte. Sie wollen auch nicht, dass sich die USA oder die NATO in Afghanistan mit dauerhaften Militärstützpunkten einnisten. Angeblich wurden bei den Taliban-Kämpfern Waffen aus China gefunden, die möglicherweise über Waffenschmuggler oder über den Iran eingekauft wurden *(Spiegel Online 4. 9.*

2007). Eine Beteiligung des Iran wird von den USA immer wieder behauptet – wurde jedoch nie bewiesen, es gibt nicht einmal glaubwürdige Indizien (z.B. durch eindeutige Herkunftsbeweise o. ä.). Die USA suchen auch andernorts nach Argumenten für einen Angriff auf Iran. Karsai selbst hat in diese Debatte eindeutig eingegriffen – und klargestellt, dass der Iran sich freundschaftlich verhält.[2] Offizielle Bestätigungen für Waffenlieferungen aus anderen Nachbarländern liegen verständlicherweise nicht vor. Iran fühlt sich dem Volk der Hazara, die mehrheitlich Schiiten sind, besonders verbunden. Sie waren während der Taliban-Herrschaft Massakern ausgesetzt.

■ Indien, der Gegenspieler von Pakistan, unterstützt die Regierung in Kabul, die selbst ein prekäres Verhältnis zu Islamabad hat. Indien und Pakistan sind in der Kaschmir-Frage seit Jahrzehnten verfeindet. Indien gehört seit 2001 zu den wichtigsten Partnern der Regierung Karsai. Es repariert Staudämme, baut das neue Parlament und unterstützt Krankenhäuser und Schulen. 3.500 bis 4.000 InderInnen arbeiten in solchen Projekten, werden allerdings auch immer wieder Opfer von Entführungen, obwohl sie bei der Bevölkerung relativ beliebt sind *(taz 8.7.2008).* Am 7. Juli 2008 tötete ein Selbstmordattentäter 40 Menschen vor der indischen Botschaft in Kabul.

2 Christoph R. Hörstel: Brandherd Pakistan, Berlin 2008, S. 280, Fn 319: „Weapons supply to Taliban: Afghanistan rejects Iran-Taliban claims", Daily Times, Lahore, Pakistan, 15.6.2007 http://www.dailytimes. com.pk/default.asp?page=2007%5C06%5C15%5Cstory_15-6-2007_pg4_14

■ Die britische Kolonialpolitik hatte mit der Durand-Linie einen Teil des paschtunischen Siedlungsgebietes an Pakistan angeschlossen, der westliche Teil blieb in Afghanistan. Von Afghanistan ist diese Teilung des paschtunischen Siedlungsgebietes nie akzeptiert worden. Sie bildet einen Konfliktpunkt zwischen beiden Ländern. Nach wie vor fühlt sich die so geteilte paschtunische Bevölkerung miteinander verbunden. Das führt dazu, dass die Taliban und Al Qaida paschtunische Gebiete auf der Seite Pakistans als Rückzugsgebiete für ihre Unternehmungen nutzen können. Die paschtunischen Stämme in diesem Gebiet kämpfen entschlossen für die Sicherung ihrer Autonomie gegenüber Islamabad. Die Regierung Pakistans versucht über Friedensverträge mit den Stämmen ihren Machtbereich zu erhalten. Die dortigen Taliban-Islamisten, die das ganze Land von Peshawar bis zur afghanischen Grenze kontrollieren, wandten sich gegen solche Abkommen und gerieten in Konflikt mit einzelnen Stämmen.

Unter anderem durch US-Drohnen-Luftangriffe und durch die Großoffensive der pakistanischen Armee auf Drängen der US-Regierung im Oktober 2009 hat sich der Krieg nach Pakistan ausgeweitet und dort viele zumeist zivile Opfer gefordert. So wird zunehmend die gesamte hochgerüstete und atomar bewaffnete Region destabilisiert. Zunehmend wird Pakistan international als „failing state“ bezeichnet.

Im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet verbünden sich Aufständische, die bislang separat operiert haben, zu einer gemeinsamen Bewegung, die zunehmend von der dortigen Zivilbevölkerung unterstützt wird. *(VENRO Positionspapier)*

Probleme und Gefahren der gegenwärtigen Situation

Ungeklärt ist das generelle Problem, wie das Knäuel aufgelöst werden kann, das aus materiellen Herrschaftsinteressen und intellektueller Vorherrschaft der Herrschenden gegenüber den Analphabeten und der Religion besteht. Ungeklärt ist auch, wie eine tatsächliche Entwaffnung der Warlords möglich sein könnte, ohne dass es zu einem Bürgerkrieg kommt, wie nach dem Abzug der sowjetischen Truppen.

Falls Stabilität das Ziel der westlichen Militärintervention ist, so steht sie vor einem Dilemma. Sie ist weder in der Lage, eine stabile und sichere Ordnung zu bewirken, noch ist dies allein durch den Abzug ihrer Truppen zu erreichen.

Die Tradition der Stämme, ihre Autonomie gegen staatliche Ansprüche zu verteidi-

gen, die Armutssituation und die „Kollateral-Opfer“ der Bombardierungen veranlassen immer mehr Menschen, sich dem bewaffneten Kampf gegen „den Westen“ anzuschließen. Die NATO-Bombardements stärken somit die Gegner der Interventionstruppen.

Der Konflikt steht in einem engen Zusammenhang mit der paschtunischen Bevölkerung im pakistanischen Grenzgebiet. Bei weiterer Ausweitung des Krieges auf Pakistan und – bei einem US-/Israel-Angriff – auf Iran dürfte der Krieg seine bisherigen Grenzen überschreiten und völlig außer Kontrolle geraten.

Mit Eskalation und Ausweitung des Krieges verschärft sich die Polarisierung zwischen islamischen Ländern und den intervenierenden westlichen kapitalistischen Staaten. Zunehmende Verfeindung und Feindbilder in den Gesellschaften werden das Ergebnis sein. Eine friedliche Lösung – auch von Konflikten außerhalb Afghanistans – würde immer schwieriger.

Legitime Interessen der Akteure des Konflikts

Unter legitimen Interessen werden hier solche verstanden, die mit der Charta der Vereinten Nationen und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte übereinstimmen. Entscheidungen des UN-Sicherheitsrates konstituieren nicht unbedingt legitime Interessen, da sie auch von den partikularen Interessen mächtiger Staaten bestimmt sein können.

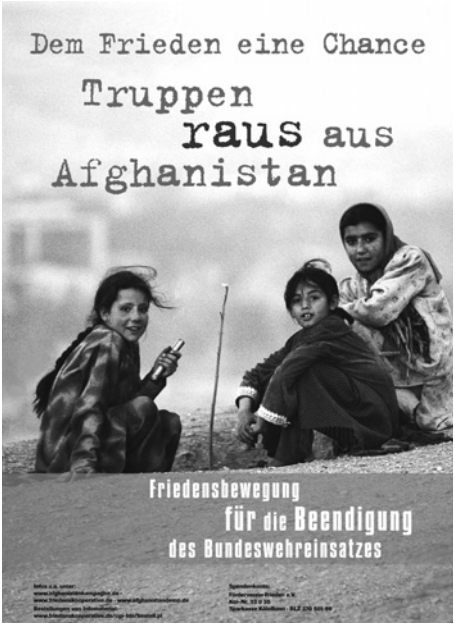
- **Friede** ist das wichtigste legitime Interesse.
- **Die Bevölkerung Afghanistans**, so unterschiedlich sie auch ist, hat ein legitimes Interesse an Sicherheit, an der Beendigung der militärischen Intervention und der Herstellung von Frieden, in dem Wiederaufbau und eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse möglich sind. Dazu ist es notwendig, dass die Minen und die Clusterbomben geräumt werden, damit das Land wieder sicher bearbeitet werden kann. Die AfghanInnen haben aber auch ein legitimes Interesse, eine eigenständige politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu gestalten und sich nicht die Gestaltung ihrer Gesellschaft von außen vorschreiben zu lassen. Die bisherige Praxis starker ausländischer Vorgaben sehr verschiedener Art zur Reform des Sicherheitssektors (für den Aufbau einer afghanischen Armee, der nationalen Polizei, bei der Reform der Justiz, der Drogenbekämpfung und der Demobilisierung von Milizen) wird diesem Interesse nicht gerecht. Das von der Regierung Karsai angenommene technokratische Entwicklungskonzept nach Vorgaben der Welt-

bank entspricht weder nach Inhalt noch nach Entstehungsprozess diesem Interesse. Auch die europäischen Länder haben sehr viel Zeit – Jahrhunderte! – gebraucht, um ihre bürgerlich-parlamentarischen Gesellschaften aufzubauen. In Afghanistan müssen unter erschwerten Bedingungen erst die Grundlagen für eine Verfasstheit, die der afghanischen Situation gemäß ist, von den AfghanInnen selbst gelegt werden. Ein legitimes Interesse kann in den Bemühungen bestehen, eine für ihre Gesellschaft repräsentative Verfassung und Regierung zu schaffen. Dies wird allerdings, nicht zuletzt wegen der Autonomie-Bestrebungen der Stämme, ein schwieriges Unterfangen sein.

- **Warlords und Drogenbarone** haben zwar massive Interessen, denen sie auch mit allen Mitteln nachgehen. Diese sind aber keineswegs legitim, da durch sie Ungerechtigkeit und Unterdrückung gefördert und die Interessen der eigenen Bevölkerung durch den wachsenden Drogenkonsum unterminiert werden.
- Ein legitimes Interesse der **Anliegerstaaten** ist es, zu verhindern, dass der Krieg in Afghanistan auf ihre Gebiete übergreift. Sie müssten sich deshalb um eine Deeskalation des Konflikts bemühen, so weit es in ihrer Macht steht. Sie haben ferner das legitime Interesse, die USA und die NATO davon abzuhalten, Afghanistan als einen Vasallenstaat herzurichten, der als ein strategisch-militärisches Sprungbrett nach Zentralasien dienen kann.
- Die **USA und die NATO-Staaten** haben das legitime Interesse, dass in Afghanistan nicht TerroristInnen für Anschläge in ihren Ländern ausgebildet werden. Dieses Ziel ist vermutlich durch die Zerstörung der ursprünglichen Ausbildungslager bereits erreicht. Die Fortführung der Militärintervention fördert dagegen jetzt den Zuzug internationalistischer, islamistischer KämpferInnen, die de facto eine Ausbildung im Kampf erhalten, welche sie später auch andernorts terroristisch nutzen können. Ein Interesse dieser Staaten an der Bekämpfung der Taliban und vor allem an einem Eingriff in die Entwicklung des Landes oder seine Nutzung für weiter reichende strategische Ziele kann nicht als legitim angesehen werden. Auch die Verminderung des Mohnanbaus für die Herstellung von Opium kann nicht als ein Interesse gewertet werden, das einen Interventionskrieg rechtfertigt, abgesehen davon, dass die lokale Bündnispolitik der Interventen, die sich auf die Drogenwarlords stützt, die Opiumproduktion bisher nur enorm gesteigert hat.
- **Deutschland** hat nur das legitime Interesse zu verfolgen, mit Afghanistan angemessene wirtschaftliche und entwicklungspolitische Beziehungen herzustellen, wodurch selbstverständlich nicht seine Beteiligung am Interventionskrieg gerechtfertigt wird. Laut Grundgesetz ist Deutschland verpflichtet, zum Frieden in der Welt beizutragen, aber nicht für imperiale Ziele Krieg zu führen.

Ziele ziviler Konfliktbearbeitung

Eine notwendige Vorbemerkung: Konflikte dieser Art hängen von Entscheidungen und Verhalten auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen ab. Es wäre illusionär zu glauben, ein Wandel könnte allein aufgrund gesellschaftlicher und sozialer Bewegungen herbeigeführt werden. Deshalb werden im Folgenden auch Vorschläge für internationales und nationalstaatliches Handeln unterbreitet, wenngleich wir wissen, dass solche Vorschläge meist von der Politik nicht akzeptiert werden. Unsere Vorschläge sind aber aus einem anderen Grunde wichtig: Uns wird immer vorgehalten, die jeweilige militärische Konfliktbearbeitung sei alternativlos. Wir wollen jedoch zeigen, es gibt sehr wohl zivile und menschenrechtlich geprägte Alternativen zu den vorherrschenden Kriegspolitiken. Dabei ist nicht zu erwarten, dass Friedensstiftung und -vermittlung durch einen einmaligen Akt erreicht werden. Vielmehr geht es darum, von verschiedenen Akteuren und Ansätzen aus einen Prozess ziviler Konfliktbearbeitung anzustoßen und damit die zunächst noch bestehenden Blockaden für einen Dialog zu überwinden.



Je nach der aktuellen Situation werden sich an ziviler Konfliktbearbeitung nichtstaatliche, staatliche und internationale Organisationen beteiligen. *„Es gibt nicht das eine Konzept ziviler Konfliktbearbeitung als Allheilmittel für den Umgang mit Interessensgegensätzen und unterschiedlichen Werte- und Überzeugungssystemen. Zivile Konfliktbearbeitung ist voraussetzungsreich und stellt hohe Anforderungen, auch an die Friedensforschung, deren Analysen deutlich mehr als die unmittelbaren Konfliktparteien und deren Streitgegenstand einbeziehen müssen. Ihre Umsetzung erfordert vielfältige politische Abwägungen und Entscheidungen. Aber genau in diesen Herausforderungen steckt ihr großes Potential, nicht nur zur Gewaltreduktion, sondern ebenso zur gesellschaftlichen Entwicklung beitragen zu können …“* (Weller/Kirschner 2005)

Wesentliche Akteure der NATO setzen aus vielerlei Gründen auf militärisches Vorgehen, auch wenn dadurch eine friedliche Lösung offensichtlich in immer weitere Ferne rückt. Die zivile Strategie für Afghanistan, die

hier als Grundlage für die Politik-Orientierung und Argumentation der Friedensbewegung vorgeschlagen wird, muss ihren Ansatz mit ihrem übergreifenden Ziel verbinden, militärische Interventionspolitik zurückzudrängen und zivile Konfliktbearbeitung zur gängigen Praxis werden zu lassen. Aus dieser Sicht sind die Ziele dieser zivilen Afghanistan-Strategie:

- Frieden und Kooperation zu fördern und damit die Sicherheit im Lande zu stärken;
- darauf zu drängen, dass den Völkern Afghanistans nicht die Möglichkeit zu einer selbstbestimmten Entwicklung und staatlichen Ordnung in Einklang mit ihren historischen Traditionen verstellt wird;
- einen Ausweg aus der militärischen Konfrontation zu eröffnen;
- zivile Konfliktbearbeitung (ZKB) zu erproben und als vorteilhafte Alternative bekannt zu machen;
- möglichst viele NATO-Länder auf diesen zivilen Kurs zu bringen;
- die Selbstständigkeit der EU-Staaten gegenüber der US-Interventionspolitik zu fördern, auch wenn keine Illusion über die Bereitschaft vieler EU-Staaten, sich an militärischer Interventionspolitik weiterhin zu beteiligen, bestehen darf.

Eine Zivile Strategie für Frieden, Sicherheit und Entwicklung in Afghanistan

Die Situation in Afghanistan kann nicht schlagartig verändert werden. Der Abzug aller Truppen ist eine wichtige Voraussetzung für eine friedliche Entwicklung in Afghanistan. Die führende NATO-Macht USA und ihre Verbündeten stocken jedoch zur Zeit ihre Truppen massiv um ca. 40.000 SoldatInnen auf. Daher muss die Weichenstellung hin zu ziviler Konfliktbearbeitung voraussichtlich bereits unter den Bedingungen fortgesetzter Kampfhandlungen bzw. im besten Fall regionaler Waffenstillstände erfolgen. Darauf zielen die folgenden Vorschläge.

Die Ausgangsthesen lauten:

Erstens: Da eine baldige Änderung der US-Interventionspolitik nicht zu erwarten ist, muss ein gewichtiger beteiligter Staat ausscheren, um zu zeigen, dass eine nicht-militärische Bearbeitung des Konflikts aus der jetzigen Sackgasse führen kann.

Deutschland könnte diese wichtige Rolle durch eine friedenspolitische Wende seiner bisherigen Afghanistan-Politik spielen und gleichzeitig auch anderen NATO-Staaten eine Perspektive für einen Truppenabzug eröffnen. Die Unterstützung für eine solche Wende scheint in der deutschen Gesellschaft vorhanden zu sein, denn etwa 2/3 der Bevölkerung lehnen den Bundeswehreinsatz ab. Auch wenn die Bundesregierung diesen Vorschlägen nicht folgt, wäre eine Öffentlichkeit, die sich diese Vorschläge zu eigen macht und die Regierung daran misst, ein erheblicher Druckfaktor, und zwar auch auf andere EU-NATO-Länder.

Es würde anstecken, wie seinerzeit die „Hollanditis“ [3].

Zweitens: Erst wenn die afghanische Bevölkerung eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse unter Wahrung ihrer Autonomie und ihrer Würde erkennen kann, wird sie sich auch so engagiert für Frieden und gegen Konfrontation einsetzen, dass eine Chance entsteht, Frieden Wirklichkeit werden zu lassen. Eine wesentliche Verbesserung erfährt sie jedoch nicht durch die bisherigen Tätigkeiten der ISAF-Truppen, geschweige denn durch die OEF-Kampfeinsätze. ISAF-Einsätze können trotz aller absichtsvollen Verklärung keine systematische Politik der Entwicklung und Friedensförderung betreiben.

3 Zu Beginn der 1980er Jahre wurde dieser Begriff für einen pazifistischen Neutralismus geprägt, der in Holland eine große Zustimmung erfuhr und Bewegungen in anderen EU-Staaten sehr beeinflusste. Er war eine Reaktion auf die Konfrontationspolitik unter Reagan.

Anforderungen

Alle an einer solchen Wende interessierten Kräfte sollten nach ihren jeweiligen Möglichkeiten auf die Konfliktbeteiligten einwirken und die folgenden Anforderungen an sie stellen:

Anforderungen an die deutsche Politik

Im Folgenden wird Deutschland eine besondere Rolle zugemutet, die in Kontrast zu seiner bisherigen Politik steht. Wenn es die Rolle annähme, käme es zu Kontroversen mit den USA und der NATO, denn Deutschland würde damit aus der imperialen Machtstrategie der hochindustrialisierten Staaten, insbesondere der USA ausscheren. Dafür könnte es die Kooperation vieler Staaten gewinnen, die sich durch die Hochrüstung und den Machtanspruch der USA in ihrer eigenständigen, freien Entfaltung bedroht sehen.

- Deutschland nennt ein festes, nahe liegendes Datum, bis zu dem die deutschen Truppen aus Afghanistan abgezogen sein werden. Es gibt damit ein deutliches Signal der Neuorientierung. Die Bundeswehreinheiten erhalten die Anweisung, sich ab sofort nicht in Kämpfe einzumischen. Dies gilt sowohl für Truppen, die der OEF zugeordnet sind, für ISAF-Truppen, für die Quick-Reaction Force (QRF) und für den Einsatz der Tornados. Dabei ist an das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu denken, das den verfassungsgemäßen Einsatz von Tornados an die heute nicht mehr gegebene deutliche Trennung von OEF und ISAF band.
- Berlin gibt gleichzeitig bekannt, es werde seine zivile Hilfe je nach Bedarf bis zu dem Betrag aufstocken, der durch den Abzug der Truppen frei würde. Das sind etwa 800 Millionen Euro jährlich. (Für den Bundeswehreinsatz von Dezember 2009 bis Dezember 2010 sind 820 Millionen im Haushalt ein geplant. *Deutscher Bundestag Drucksache 17/39)* Diese Mittel stünden für Entwicklungsprojekte in Afghanistan zur Verfügung, die von Orten und/oder Regionen des Landes gemeinsam für wichtig und nützlich gehalten werden und tatsächlich die Lebensbedingungen der Menschen vornehmlich auf dem Lande verbessern. Dort ginge es um schulische, soziale und medizinische Versorgung. Dabei sollen Frauen in besonderer Weise unterstützt werden. Ferner müssen Arbeitsplätze, Wasserversorgung und landwirtschaftliche Produktionen, unabhängig vom Mohnanbau für die Opiumherstellung, geschaffen werden. Von den UN sind Vorschläge hierfür ausgearbeitet worden. Von besonderer Relevanz sind hier Vorschläge aus der afghanischen Gesellschaft. Deutsche Afghanistan-ExpertInnen sollten gebeten werden, Strategien der Entwicklung für die unterschiedlichen Bedingungen in Afghanistan zu entwerfen und zur Diskussion zu stellen. Eine Zusammenarbeit mit dem „National Solidarity Program“ (NSP) der Weltbank, das anscheinend an lokalen Bedürfnissen ansetzt, könnte unter den vorgenannten Bedingungen eines eigenen afghanischen Entwicklungspolitikprozesses geprüft werden.

- Die Bundesregierung beendet das Nebeneinander der Ministerien als Geber und setzt eine effektiv und transparent geführte Koordinierung ein.
- Die Bundesregierung erklärt ihre Bereitschaft, als Vermittlerin zwischen den Konfliktparteien, sowohl innerhalb Afghanistans, als auch mit den Interventionsmächten, zu dienen. Sie nimmt die erforderlichen Kontakte für diese Mission auf und beginnt mit bilateralen Gesprächen, um die Vorstellungen und Wünsche der einzelnen Akteure zu erfahren und weiter zu vermitteln.
- Die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und andere einschlägige Dienste werden beauftragt, angepasste Technologien für die Produktion von Gebrauchsgegenständen vorzuschlagen, die unter den Bedingungen vor Ort produziert werden können. Die Projektarbeit sollte angesichts der zu erwartenden langen Vorlaufzeiten sogleich begonnen werden.
- Die weltweit erfolgreichen Modelle der Kleinkredite werden in Afghanistan eingesetzt, um die Wirtschaft anzukurbeln.
- Für die Projekte sollten zunächst Regionen mit besonders günstigen Bedingungen ausgewählt werden, in denen auch eine gewisse Konzentration von Projekten verwirklicht werden kann. Dabei darf allerdings der paschtunische Siedlungsbereich nicht ausgespart werden. Dies würde auf andere Regionen ausstrahlen. Die Menschen würden verstehen, dass sich Frieden und Kooperation für sie lohnen. So wüchse die Bereitschaft, sich an Projekten aktiv zu beteiligen und Konflikte friedlich zu lösen.
- Die Konzentration auf den ländlichen Bereich schließt nicht aus, auch allgemeine oder städtische Projekte zu unterstützen. Dazu kann die rechtsstaatliche Ausbildung von Polizisten gehören, soweit diese nicht zu Kampftruppen umfunktioniert werden.

» Die Festlegung der Projekte bedarf unabdingbar der Einbeziehung und der Zustimmung der örtlichen oder regionalen Kräfte und auch derer, die sich den Taliban zuordnen. Wer Aussöhnung will, darf die bisherigen Gegner nicht ausgrenzen! Auf diese Weise können auch Dialog und Zusammenarbeit der verschiedenen Kräfte vor Ort, sowie Vertrauen untereinander gefördert werden.

» Die ins Ausland geflohene afghanische Intelligenz sollte ermutigt werden, in ihre Heimat zurückzukehren, um dort an der Entwicklung mitzuwirken. Dem könnte auch eine vorübergehende materielle Förderung dienen. Allerdings stoßen Exil-AfghanInnen bei ihrer Rückkehr oft auf Ablehnung und Neid wegen der vermuteten Übernahme westlicher Lebensformen und Einstellungen. Deshalb sollte der Qualifizierung von AfghanInnen im Inland zusätzlich eine hohe Priorität eingeräumt werden.

Die folgenden Prinzipien sollten bei Entwicklungsprojekten maßgebend sein:

› Vorschläge für Projekte können von allen Seiten gemacht werden.
› Alle zuständigen Kräfte werden zur Erörterung und Beschlussfassung der Projekte von denen eingeladen, die den Vorschlag gemacht haben.
› Projekte werden nur verwirklicht, wenn alle Seiten einschließlich der GeberInnen zustimmen. Kommt keine Einigung zustande, so werden die Projekte nicht verwirklicht.
› Die bisherigen entwicklungspolitischen Projekte werden einer sorgfältigen Bewertung (Evaluation) unterzogen, so dass Erfahrungen berücksichtigt werden können
› Für die Ausführung von Arbeiten werden möglichst örtliche Kräfte einbezogen, auch wenn sich dadurch die Kosten erhöhen sollten. Wichtig ist, dass Einkommen durch Arbeit entsteht, die Produktionsstrukturen im Lande gefördert und gleichzeitig eine Qualifizierung von Arbeitskräften ermöglicht wird.
› Korruption ist nicht hinnehmbar, selbst wenn dann ein Projekt nicht verwirklicht werden kann.
› Projekte und die dabei gemachten Erfahrungen sind im ganzen Land zu publizieren, um die Arbeit und ihre Prinzipien bekannt zu machen. Das kann die Projektarbeit ausweiten.
› Von Seiten der Bundesrepublik sollte die Zusammenarbeit so koordiniert werden, dass die verwirrende Konkurrenz verschiedener staatlicher und NRO-Akteure überwunden wird und damit die Wirksamkeit der Maßnahme gesteigert werden kann.
› NRO-Akteure werden an ihre erklärte Hilfsaufgabe erinnert, die nicht im faktischen Widerspruch zum Selbstentfaltungspotential der Kräfte vor Ort stehen darf.

» Die Bundesregierung appelliert an die NATO, solche Projekte, Orte und Regionen nicht in die Kriegführung einzubeziehen, auch wenn an den Projekten den Taliban nahestehende Kräfte beteiligt sind. Solche Appelle sollten auch von denjenigen ausgehen, die an den Projekten interessiert sind und dort mitarbei-

ten. Das Auswärtige Amt könnte helfen, das Konzept der Friedenszonen in Afghanistan wirksam zu machen.

- Die Bundesregierung bemüht sich gleichzeitig darum, dass andere in Afghanistan engagierte NATO- und EU-Staaten ihrem Beispiel folgen. Kleinere NATO-Staaten könnten ein Interesse haben, sich dem interventionistischen Militärkurs der USA und der NATO zu entziehen, da sie sich von zivilen Strategien viel bessere wirtschaftliche Möglichkeiten in Nah- und Mittelostasien versprechen. Die Bundesregierung erläutert ihre neue Politik der NATO und den USA.
- Mit einer derartigen Politik könnte Deutschland eine Wende hin zum tatsächlichen Vorrang ziviler Konfliktbearbeitung und von der militärischen Konfrontation zum Dialog einleiten. Das wäre ein Signal, das weit über Afghanistan hinaus in vielen islamischen Ländern gehört werden würde. Damit würde gleichzeitig ein Ausweg aus der militärischen Sackgasse sichtbar.

Anforderungen an die UNO

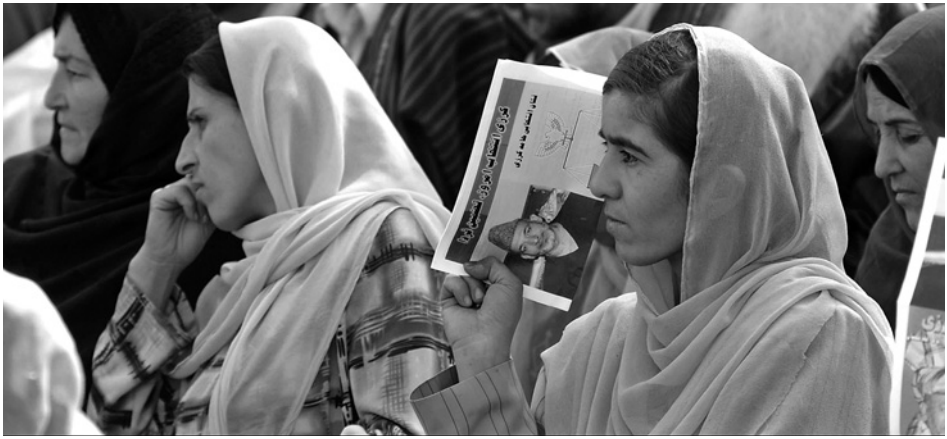
- Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen beendet seine Politik der Abstinenz, was die Wahrnehmung seiner Verantwortung für Afghanistan angeht und bedient sich des in der Satzung der Vereinten Nationen in Kap. VI *(„Die friedliche Beilegung von Streitigkeiten“)* kodifizierten Instrumentariums zur Wiederherstellung von Frieden und Sicherheit in Afghanistan.

Anforderungen an die USA

- Jegliche militärische Eskalation sowie alle „Kollateralschäden“ zu vermeiden, die Kampfhandlungen und Verfolgungen einschließlich willkürlicher Verhaftung und Folter einzustellen und Gespräche mit allen Konfliktakteuren mit dem Ziel aufzunehmen, den militärischen Konfliktaustrag zu beenden.
- Zu erklären, dass die USA nach einem Abzug der Interventionstruppen ihre Militärstützpunkte auflösen und die volle Souveränität Afghanistans respektieren werde.
- Die Politik der Zivilen Konfliktbearbeitung, die möglicherweise von Deutschland betrieben wird, zu respektieren und sie nicht durch militärische Aktionen zu beschädigen.
- Alles Erforderliche zu unternehmen, damit die Landminen und die Bomblets der US-Streubomben unschädlich gemacht werden, so dass das Land wieder gefahrlos betreten und bearbeitet werden kann.

Anforderungen an die Europäische Union

- Die EU setzt sich für die Etablierung eines friedlichen Konfliktlösungsmechanismus nach dem Vorbild des „Helsinki-Prozesses“ *(Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit, KSZE)* ein. Sie bietet an, die hierbei gewonnenen Erfahrungen einzubringen.



Anforderungen an die militärisch beteiligten Mitglieder der NATO

- Die militärischen Aktionen einzustellen und in gegenseitiger Abstimmung die entwicklungspolitische Unterstützung auszuweiten.
- An die Zivilgesellschaften dieser Staaten, sich in ihrem Lande für eine solche Wende in der Bearbeitung des Afghanistan-Konflikts einzusetzen.
- Sich in ihren Stationierungsgebieten an der Beseitigung von Landminen und Bomblets der US-Streubomben zu beteiligen.

Anforderungen an die afghanischen Stämme und Gruppierungen

- Sich auf eine mögliche Wende der deutschen Politik konstruktiv einzustellen, die Bereitschaft dazu öffentlich zu erklären und die Regierung in Berlin daraufhin anzusprechen.
- Vorschläge für entwicklungspolitische Projekte, die der armen ländlichen Bevölkerung nutzen, auszuarbeiten und zu unterbreiten. Der geringe Ausbildungsstand der afghanischen Bevölkerung ist ein großes Hindernis auf dem Wege zu einer eigenständigen Entwicklung. Es ist deshalb notwendig, Alphabetisierung, schulische, berufliche und technische Ausbildung in einer Weise zu fördern, die mit den Traditionen und religiösen Vorstellungen der afghanischen Gesellschaft verträglich sind, aber die legitimen Ansprüche benachteiligter Bevölkerungsgruppen und vor allem der Frauen, aufgreifen.
- Untereinander den Dialog über solche Projekte zu suchen, um eine breite Unterstützung zu sichern.
- Diesen neuen Ansatz abzusichern und die darin engagierten Personen zu schützen.
- Zu prüfen, ob sie emigrierte afghanische Fachleute einladen wollen, um an Durchführungen von Projekten mitzuarbeiten.
- Regionale Friedens-Jirgas abzuhalten, um dort neben konkreten Projekten auch die Perspektiven der gesellschaftlichen Entwicklung des Landes zu erörtern. Dabei gilt es auch, Taliban-Kräfte in den Dialog einzubeziehen.

Anforderungen an die Gruppierungen der Taliban

- Ihre Dialogbereitschaft öffentlich zu machen und diese nicht an Vorbedingungen zu knüpfen, die von der Seite der Interventen nicht oder noch nicht erfüllt werden können.
- Den Dialog untereinander und mit anderen Kräften in Afghanistan aufzunehmen, um eine gemeinsame gesellschaftliche Perspektive zu entwickeln.
- Angriffe auf die Zivilbevölkerung des Landes einzustellen.
- Ihren politischen Alleinvertretungsanspruch zugunsten einer Politik der Kooperation aufzugeben.

Anforderungen an die Kräfte der ehemaligen Nord-Allianz und andere Warlords

- Ihre Privatarmeen (Milizen) aufzulösen.
- Die so frei werdenden Personen für Entwicklungsprojekte im jeweiligen Bereich einzusetzen.
- Angriffe auf die Zivilbevölkerung des Landes einzustellen.

Anforderungen an die Regierung in Kabul

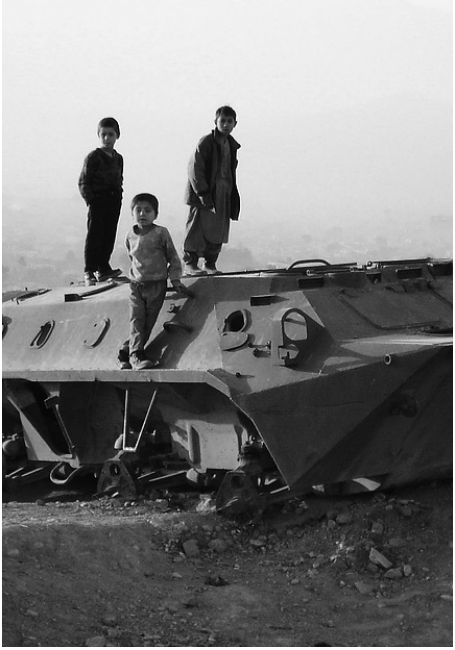
- Sich mit den in der nationalen Friedens-Jirga zusammengeschlossenen Stämmen in Verbindung zu setzen mit dem Ziel, die Regierung auf eine breitere Basis zu stellen und den dominanten Einfluss der Warlords und Opium-Barone im politischen Prozess zurückzudrängen, sowie einen Dialog-Prozess zur Überwindung von Gewalt in Gang zu setzen.
- Gespräche mit den Taliban aufzunehmen bzw. zu intensivieren, um sie in den politischen Prozess für Entwicklung und Frieden einzubeziehen.
- Schutzzölle zu errichten, um eine eigenständige landwirtschaftliche, handwerkliche und industrielle Entwicklung zu ermöglichen.
- Freilassung von gefangenen Frauen und Männern, denen keine strafrechtlichen Vergehen nachgewiesen werden können. Besonders Frauen werden oft mit höchst zweifelhaften Vorwürfen in Gefängnissen festgehalten.

Anforderungen an die Nachbarstaaten Afghanistans

- Keine Waffen nach Afghanistan zu liefern und Lieferungen durch Waffenhändler zu unterbinden.
- Ihre wirtschaftliche Kooperation mit Afghanistan zu stärken, auch wenn Afghanistan für bestimmte Einfuhren Schutzzölle erheben sollte.

Anforderungen an die in Afghanistan arbeitenden internationalen NROs

- Sich einer solchen Politik der zivilen Konfliktbearbeitung anzuschließen und sie gegenüber deutschen Dienststellen und anderen, sowie in der Öffentlichkeit zu vertreten.
- Aufgrund ihrer Erfahrungen Vorschläge und Konkretisierungen auszuarbeiten und untereinander zur Diskussion zu stellen. Dabei müssten auch die günstigsten regionalen und lokalen Ansatzpunkte sowie PartnerInnen überlegt und Prio-



ritäten in Bezug auf die Art der Projekte ermittelt werden.

- Ihre Arbeit systematisch zu koordinieren, um damit eine größere Effizienz zu erzielen.
- Es gibt wenige friedenspolitische Ansätze in der afghanischen Gesellschaft. Diese stehen unter einem erheblichen Druck. Mit einigen gibt es bereits durch den Zivilen Friedensdienst und als Projekt mit zivik-Mitteln geförderte Kooperationsbeziehungen. Die NROs sollten einen engeren Austausch mit solchen Ansätzen suchen und diese in die Konzeptdiskussion einbeziehen.

Die Rolle und Aufgaben der Friedensbewegung im Afghanistan-Konflikt

- Die für Frieden eintretenden Kräfte in Afghanistan, wie z. B. die Nationale Friedens-Jirga, zu unterstützen, sie in Europa bekannt zu machen, ihr Kontakte und öffentliche Foren zu öffnen und ihre Forderungen zur Diskussion zu stellen.
- Sich mit dem hier vorgeschlagenen Konzept zu befassen und es bei Zustimmung in der Öffentlichkeit und gegenüber den politischen Parteien, Gewerkschaften und Kirchen bekannt zu machen und zu vertreten.
- Das Konzept in den Gesellschaften der NATO-Staaten zu verbreiten und in Zusammenarbeit mit dortigen Bewegungen, Gruppierungen und Institutionen Kampagnen für eine Wende zu ziviler Konfliktbearbeitung durchzuführen.
- Den Konflikt ständig differenziert zu analysieren. Die Kritik und die Gefahren der jetzigen Militärintervention in Afghanistan zu thematisieren und gegen diese Politik zu protestieren.
- Mit dieser Kritik auch SoldatInnen, die nach Afghanistan geschickt werden sollen, zu konfrontieren.
- Gesellschaftliche und ökonomische Interessengruppen, die von einer Fortsetzung des militärischen Konflikts zu profitieren hoffen, öffentlich anzuprangern.

Widerstände, Probleme und Interessen gegenüber einer solchen Alternative

Die Militärinterventionen haben entgegen allen Absichtserklärungen die Entwicklung und Demokratisierung Afghanistans nicht befördert. Da strategische Ziele in Süd- und Zentralasien eine große Rolle spielen, ist mit erheblichen Widerständen gegen die vorgestellte Alternative auf Seiten der intervenierenden Mächte zu rechnen.

Der Militärorganisation NATO, der sich tendenziell auch Japan anschließen wird, geht es um ihre Kohärenz und die Fähigkeit, als weltweites militärisches Interventionsinstrument zu dienen und nicht zu versagen. Sie muss also beweisen, dass sie einen solchen Konflikt siegreich bestehen kann. Zivile Konfliktbearbeitung steht quer zu diesem Ziel.

Mit der hier vorgeschlagenen zivilen Friedenspolitik, die gleichzeitig ein Ausweg aus den afghanischen Verstrickungen wäre, würde Deutschland aller Voraussicht nach unter starken Druck aus den USA und der NATO geraten. Doch hat die Bundesrepublik nicht die Verweigerung einer offenen Beteiligung am Irak-Krieg gut ertragen können? Außerdem würde damit eine fruchtbare Auseinandersetzung innerhalb der NATO über den Sinn weltweiter militärischer Interventionspolitik angeregt werden.

Der Schutz ziviler HelferInnen ist ein schwerwiegendes Problem. Denn es ist nicht auszuschließen, dass die genannten Projekte von Al Qaida, Taliban-Gruppen oder auch von rivalisierenden Kräften der afghanischen Bevölkerung (z.B. bei Entwicklung von Alternativen zur Opiumproduktion) angegriffen werden. Diese Angriffe reduzieren sich auf ein Minimum, wenn örtliches Vorgehen jeweils von den Jirgas abgesegnet wird und die HelferInnen auf Einladung kommen *(wie es beispielhaft vom „Modell Erös"/Kinderhilfe Afghanistan e.V. praktiziert wird)*. Es ist ferner nicht auszuschließen, dass solche Projekte auch von den NATO-Truppen in ihre Kampfhandlungen absichtlich oder unabsichtlich einbezogen werden.

Das Argument, Hilfe und Entwicklung bedürften des militärischen Schutzes, greift nicht. Denn erstens ist das ISAF-Militär oft nicht in der Lage, die zivilen HelferInnen zu schützen, und zweitens halten viele Afghanen HelferInnen unter militärischem Schutz nicht für neutral, sondern für einen Teil der militärischen Intervention. Dies umso mehr, wenn ISAF zur kämpfenden Truppe und wenn „Zivilmilitärische Zusammenarbeit" unter militärischer Ägide (CIMIC bzw. ZMZ) praktiziert wird. EntwicklungshelferInnen sehen sich deshalb durch Militär eher gefährdet als gefördert. Die Abstimmung von Projekten mit den jeweiligen Kräften vor Ort und deren Beteiligung dürfte die beste Sicherung sein.

Die EU, die oftmals ihre Abhängigkeit von der US-Hegemonialpolitik beklagt, könnte in der hier vertretenen Politikwende eine Chance sehen, ihre eigene Selbstständigkeit auszuweiten. Dies würde voraussichtlich zu Richtungskämpfen innerhalb der EU führen, was allerdings um einer friedenspolitischen Perspektive willen auch notwendig

ist. Eine zivile Alternative könnte auch von Seiten der asiatischen Anliegerstaaten unterstützt werden, da sie die US-Interventionspolitik mit Sorge betrachten. In Iran könnte sie als eine Stärkung der eigenen Sicherheit gegenüber Angriffstendenzen der USA verstanden werden.

Insgesamt handelt es sich um eine ambitiöse und komplexe zivile Alternative, deren Ziele über Afghanistan hinaus in den Bereich grundsätzlicher politischer Weichenstellung gehen. Man könnte durchaus von einem Schritt auf dem Wege zum Vorrang für zivile Konfliktbearbeitung sprechen. Es lohnt sich also, auf den verschiedenen Ebenen dafür einzutreten und zu arbeiten.

Anhang 1

Anmerkungen zu den historischen Hintergründen des Afghanistan-Konflikts

Grundelemente der afghanischen Entwicklung

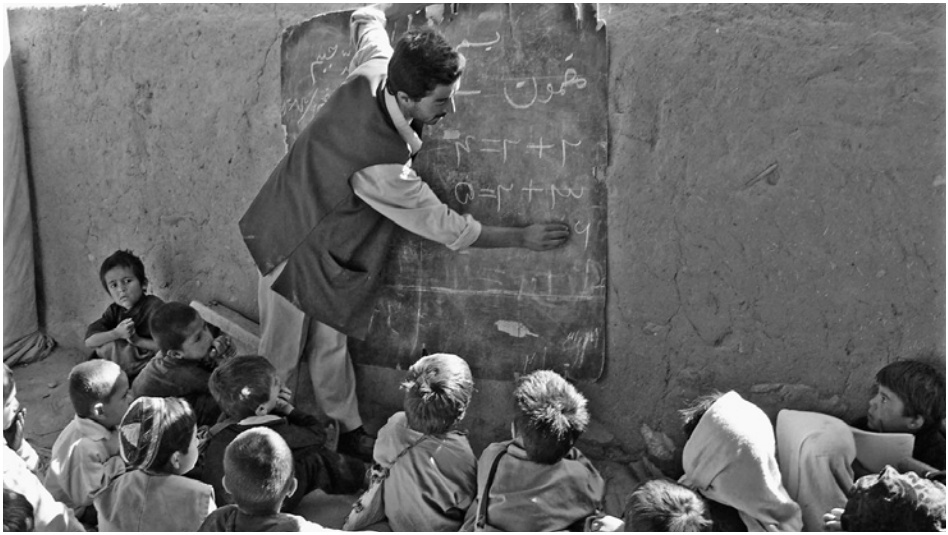
Im Folgenden werden nur Grundelemente der afghanischen Geschichte benannt, die noch heute von Bedeutung für das Verständnis des Geschehens in Afghanistan sind. Die Geschichte des Landes kann in dem sehr übersichtlichen Buch von Conrad Schetter (2007) nachgelesen werden, auf das sich diese Darstellung, wenn nichts anderes angegeben ist, stützt.

Das Gebiet des heutigen Afghanistan war vom Beginn des 16. bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts zwischen den persischen Safawiden, den nord-indischen Moguln und den usbekischen Schaibaniden geteilt. Eine erste Reichsgründung fand erst Mitte des 18. Jahrhunderts unter der paschtunischen Stammesföderation der Durrani statt, der fast 100 Jahre interne Machtkämpfe mit zwischenzeitlichen Konsolidierungen folgten. Erst im 19. Jahrhundert bürgerte sich der Name Afghanistan ein. Afghane ist das Synonym für Paschtune. Afghanistan ist also das Reich der Paschtunen, das aber viele andere Völker, vor allem Tadschiken, Usbeken und die schiitischen Hazara mit einschloss.

Afghanistan war umgeben von starken expandierenden Mächten: Russland im Norden, Persien im Westen und Britisch-Indien im Osten, zu dem auch das heutige Pakistan gehörte. Im Laufe der Geschichte engten diese Nachbarn das ursprüngliche Herrschaftsgebiet sehr ein. Afghanistan verlor den Zugang zum arabischen Meer.

Von 1838 bis 1919 wurden drei anglo-afghanische Kriege geführt. Im ersten erlitt Großbritannien eine verheerende Niederlage. Das hatte jedoch eine weitgehende Isolierung Afghanistans bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts zur Folge. Großbritannien gelang es 1893, die Grenze zwischen Afghanistan und Britisch-Indien, die Durand-Linie, durchzusetzen. Sie durchtrennt das paschtunische Siedlungsgebiet, so dass auf beiden Seiten der Grenze paschtunische Stämme leben. Diese Grenze ist nach wie vor umstritten und spielt gegenwärtig eine große Rolle, weil durch sie Pakistan in den afghanischen Konflikt mit einbezogen wird. Erst 1919 erlangte Afghanistan seine Unabhängigkeit, freilich in einem sehr eingeschränkten Gebiet ohne Meereszugang.

Die kommenden Jahrzehnte waren von einem ständigen Kampf um Modernisierung und deren Abwehr durch die Stämme gekenn-



zeichnet. *„Subjekt der Modernisierung – d.h. jeglicher Reform – waren im 20. Jahrhundert und sind potentiell weiterhin städtische Eliten. Diese waren und sind stärker laizistisch geprägt, zum großen Teil dari-sprachig (Dari = Hofsprache, Tadschikisch, mit Farsi = Neupersisch eng verwandt; nicht die Sprache der überwiegenden Mehrheit). Ein großer Teil dieser Eliten hatte im Ausland studiert, viele in beiden deutschen Staaten, wurde von entwicklungspolitischen Spezialisten sowohl aus den USA und Westeuropa als auch aus der Sowjetunion und China beraten, oft auch in einem Maße beeinflusst, das zur Entfremdung dieser Elite(n) von der Bevölkerung führte. Die Armee war schon vor 1973 (Sturz der Monarchie) stark von sowjetischen – weniger von westlichen – Beratern geprägt.*

Die Modernisierungsstrategien, die von diesen Eliten verfolgt wurden, waren vom sowjetischen Entwicklungsweg (Zentralasien) stark beeinflusst. Das gilt vor allem für Veränderungen im sozialen Gefüge: Besitzreformen, Landverteilung, Wasserrechte und -verteilung.

Objekt der Modernisierung war eine teils agrarische, teils nomadische Stammesbevölkerung, fast durchweg analphabetisch, geführt von Clan-Oberen und Mullahs (letztere mit meist sehr geringem Bildungsniveau), durchweg islamisch und gleichzeitig einem die Clanherrschaft festigenden Gewohnheitsrecht folgend. Die Landbesitzer, von denen die größeren abwesende Landlords waren, und die Mullahs widersetzten sich den städtischen Modernisierungsansätzen, schon zur Zeit der Monarchie, und wandelten sich nach 1973 / 1979 zu Führern diverser Mujaheddin-Verbände, realiter Warlords. Gegen ortsfremde Eliten populistischen Widerstand und schließlich bewaffneten Aufstand zu organisieren fiel ihnen um so leichter, als sie die lokalen Sprachen und Dialekte sprachen – eben nicht Dari. Zudem nutzten sie den Islam, den unter der analphabetischen Bevölkerung zu verbreiten ihr Monopol war, als ideologisches Mobilisierungsinstrument.“ (Aus einem Brief von Karl Grobe an A. B. v. 13. 7. 2008)

Der Kampf um Modernisierung führte 1963 zu einer konstitutionellen Monarchie mit einer Verfassung (1964). Zaher Schah wurde 1973 gestürzt und die Republik ausgerufen. Im April 1978 putschte nach einer Verhaftungswelle die in zwei Flügel gespaltene kommunistische Partei erfolgreich gegen die Regierung von Mohammad Daud. Dabei hatte Moskau nicht die Hand im Spiel, war doch Afghanistan ein zu rückständiges Land.

Der radikalere Flügel (khalq) der kommunistischen Partei setzte sich durch und brachte alsbald wiederum die traditionalen Kräfte insbesondere auf dem Lande gegen sich auf.

Stellvertreter-Krieg in Afghanistan während des West-Ost-Konflikts

Die innerafghanische Auseinandersetzung wurde nun für den West-Ost-Konflikt instrumentalisiert. Schon am 3. Juli 1979, also fast ein halbes Jahr vor der sowjetischen Invasion, unterschrieb Präsident Carter die erste Direktive für eine geheime Unterstützung der radikalen islamistischen, antikommunistischen und fundamentalistischen Mujaheddin. Sie sollten die säkulare kommunistische Regierung stürzen. Der gewichtige außenpolitische Stratege der USA, Brzezinski, war sich bewusst, dass diese Aktionen das Risiko für eine militärische Intervention der Sowjets erheblich erhöhen würde. Trotzdem befürwortete er diese geheimen Aktionen, denn hierdurch würde die Sowjetunion in die afghanische Falle gelockt werden *(http://de.wikipedia.org/wiki/Zbigniew)*. Diese für die afghanische Regierung gefährlichen Kämpfe veranlassten die UdSSR, im Dezember 1979 tatsächlich in Afghanistan mit katastrophalen Folgen für sie selbst militärisch zu intervenieren.

Die USA waren auch nicht an der Beilegung des Krieges mit seinen vielen Opfern und Zerstörungen interessiert, da der Krieg in Afghanistan für die UdSSR eine riesige Belastung darstellte. Brzezinski ist heute der außenpolitische Berater von Barak Obama. Er misst dem Sieg in Afghanistan eine imperial-strategische Bedeutung bei. *(Ritz, Hauke: Blätter für deutsche und internationale Politik, 7/2008, 53ff.)*

Nach dem Geneva Accord (1988) zwischen Afghanistan, Pakistan, den USA und der UdSSR zogen sich die sowjetischen Truppen aus Afghanistan zurück. Es begann ein innerafghanischer Machtkampf, der 1992 zum Sturz der „kommunistischen Regierung“ in Kabul führte. Die „Widerstandsparteien“ einigten sich auf eine Übergangsregierung. Afghanistan wurde „Islamische Republik“. Trotzdem gingen die Kämpfe mit wechselnden Koalitionen bis 1996 weiter. Durch sie wurde Kabul weitgehend zerstört.

Ab 1994 traten die Taliban als wichtige Kraft im Südosten, im paschtunische Siedlungsgebiet auf. Ihre Entstehung ist anscheinend eng mit Aktivitäten des pakistanischen Militärgeheimdienstes ISI (Inter Services Intelligence) verbunden und fand auch die Unterstützung durch die USA. Sie knüpfen an paschtunischen Stammestraditionen und -werten an. Ihr Kennzeichen und Instrument ist ein radikal verkürzter und verfälschter Islam. Sie verprachen aber auch Ordnung und Frieden und kämpften gegen die in Cliquenfehden verhedderte Mujaheddin-Herrschaft. Sie setzten sich nicht allein aus Koran-Schülern pakistanischer und afghanischer Medressen (Koran-Schulen) zusammen, auch ehemalige Mujaheddin und khalqis (Mitglieder des khalq-Flügels der kommuni-

stischen Partei) waren beteiligt. Paschtunische traditionelle Eliten setzten zumindest zu Beginn Hoffnungen auf sie, ihren früheren Einfluss wiedergewinnen zu können. Wichtig bis zur Gegenwart war und ist, dass die Taliban die ländliche paschtunische Bevölkerung wenig drangsalierten – während sie vielfach in schroffem Gegensatz zur städtischen, häufig nicht paschtunischen Bevölkerung standen.

Die Mujaheddin-Bewegungen schlossen sich zur Nord-Allianz zusammen, die jedoch nach wechselhaften, meist grausamen Kämpfen von beiden Seiten den Taliban nicht standhalten konnte. Ihr blieb lediglich Badakschan und das Panjschirtal unter dem populären Führer Mas'du (Massoud) als Basis erhalten, der zwei Tage vor dem 11. 9. 2001 durch einen Selbstmordanschlag ums Leben kam.

Unter der Taliban-Herrschaft wurde die Kriminalität im Lande erheblich vermindert. Gleichzeitig stieg Afghanistan zum Drehkreuz eines intensiven Schmuggels zwischen Dubai, Iran, den GUS-Staaten und Pakistan auf. Es wurde aber auch zur Drehscheibe eines globalisierten Netzwerks militanter Islamisten unter der Führung Osama Bin Ladens. Sie brachten Geld ins Land und unterstützten die Taliban in ihrem Kampf gegen die Nord-Allianz. Sie durften Ausbildungscamps anlegen. Daraus entwickelte sich das international orientierte islamistische Netzwerk Al Qaida, von dem 1998 die Anschläge auf die US-Botschaften in Dar-es-salam und Nairobi ausgingen. Diese wurden von den USA mit Raketenangriffen auf die Ausbildungslager in Ost-Afghanistan beantwortet. Im Dezember 2000 beschlossen die UN Sanktionen, die das Taliban-Regime isolierten.

Für die US-Politik in Zentralasien wurde unter dem Einfluss so wichtiger Außen- und Militärpolitiker wie Brzezinski, Eagleburger und Kissinger ein Konzept entwickelt mit den Hauptzielen: *„Stärkung der Unabhängigkeit der Staaten in dieser Region von ihren Nachbarn (insbesondere Russland, A. B.), Stärkung ihrer Bindungen an den Westen, Brechung des russischen Monopols über die Öl- und Gastransportwege aus der Region. Diese Zielsetzung wurde im Jahre 2000 vom zuständigen US-Unterausschuss des US-Repräsentantenhauses bestätigt."* (Spoo, Eckart, in: Ossietzky 17.7.2008) In diesem Zusammenhang ging es um den Bau einer Pipeline durch Afghanistan. Bei den erforderlichen Verhandlungen wurden auch die Taliban einbezogen. Letztlich kam eine Einigung nicht zustande und das Projekt wurde auf Eis gelegt.

Hamid Karsai, jetzt Chef in Kabul, fungierte bei den Verhandlungen des Ölgiganten Unocal mit den Taliban über den Bau einer Pipeline als Berater des Konzerns. Auch der spätere US-Sonderbeauftragte für Afghanistan, Khalilzad, kommt aus dieser Firma. Präsident Bush erklärte in seinem Energiebericht 2001: *„Aus energiepolitischer Sicht erhält Afghanistan große Bedeutung auf Grund seiner geographischen Lage als potentielle Transitroute für Öl- und Erdgastransporte aus Zentralasien hin zum arabischen Meer."* (ebd.) Es geht in Afghanistan also auch um Ressourcen, Handelswege, geostrategische Interessen und nicht allein um den „War on Terror".

Der 11. 9. 2001 und seine Folgen

Der Angriff auf das World Trade Center wurde alsbald Al Qaida angelastet. Die USA werteten den Terroranschlag völkerrechtlich als staatlich zurechenbaren Angriff von außen und reklamierten das Recht auf Selbstverteidigung. Die NATO rief erstmals in ihrer Geschichte den Bündnisfall aus. Die USA bildeten eine „Coalition against Terrorism", der neben den NATO-Mitgliedern auch Russland, Saudi-Arabien und Pakistan angehörten.

Die Taliban verweigerten die Auslieferung Osama Bin Ladens an die USA, sondern wollten ihn an den Internationalen Strafgerichtshof nach Den Haag übergeben. Dies aber wurde von den USA brüsk zurückgewiesen nach dem Motto: „Unconditional Surrender". Die USA begannen daraufhin im Rahmen der „Operation Enduring Freedom" die Bombardierungen in Afghanistan. Dies hatten sie bereits den Taliban im Juli 2001 angedroht, also weit vor dem 11.9.2001, als diese die Modalitäten im Kontext des geplanten Pipelinebaus abgelehnt hatten. Während eines Treffens in Berlin wurde den Taliban-Vertretern gesagt, entweder würden sie das US-Angebot akzeptieren oder man würde sie unter einem Teppich von Bomben begraben. Die militärische Operationsplanung für den Afghanistan-Krieg hatte das Pentagon dementsprechend bereits im April 2001 fertiggestellt. *(Angaben nach schriftlicher Mitteilung von J. Rose vom 20.8.2008 und C.R. Hörstel, Sprengsatz Afghanistan, S. 13 und S. 181f.)*

Mit Kriegsbeginn ermutigten und unterstützten die USA zusammen mit Großbritannien die ehemaligen Kräfte der Nordallianz, gegen die Taliban militärisch vorzugehen. Schon nach etwa zwei Monaten wurde Kabul erobert, die Taliban-Herrschaft gestürzt und die Verbrecher der Nord-Allianz an die Macht gebracht.

Auf der Petersberger Konferenz bei Bonn sollte Ende 2001 ein politischer Neuanfang begründet werden. Bei der Konferenz waren jedoch im wesentlichen die Sieger der Nordallianz, die Peschawar-Gruppe als Vertreterin pakistanischer Interessen, die Rom-Gruppe um den früheren Schah und vorwiegend ExilafghanInnen als VertreterInnen der Paschtunen beteiligt. Die große Bevölkerungsmehrheit der ländlichen Paschtunen war nicht vertreten.

Bei der folgenden Regierungsbildung spielten wiederum die Warlords der Nordallianz eine große Rolle und die Exilafghanen, die vielfach der realen Lebenswelt auf dem Lande entfremdet waren.

Die geschlagenen Taliban zogen sich in wenig zugängliche Regionen zurück und fanden Unterstützung bei paschtunischen Stämmen. Militärisch wandten sie sich Guerilla-Taktiken zu. Sie regruppieren sich gegenwärtig wieder als jeweils lokale Kampfgruppen mit ebenso lokaler Verankerung gegen jegliche Manifestation einer provinzialen oder gesamtstaatlichen Gewalt. Ihre Aktivitäten stehen insgesamt unter der Führung durch Mullah Omar und der Rahbari Shura, des 10-11-köpfigen Führungsgremiums der Taliban, das die wesentlichen Beschlüsse fasst. *(C. Hörstel, Sprengsatz S. 114; Lothar Rühl, „In Afghanistan steht die militärische Entscheidung weiterhin aus", FAZ 22.6.2007, S. 10)*

Die Kriegführung der Interventionstruppen mit ihren hohen „Kollateralschäden", sowie das Fehlen einer wirklichen Hilfe zur Bekämpfung von Armut auf dem Lande treiben den Taliban immer neue Kämpfer auch für Selbstmordattentate zu.

Die UN-mandatierte Schutztruppe ISAF unter Führung der NATO ist für die AfghanInnen nicht mehr unterscheidbar von den Kampftruppen der Operation Enduring Freedom (OEF). Über die Entsendung von Tornado-Aufklärungsflugzeugen neben seinen Bodentruppen ist Deutschland mittlerweile fest in die militärischen Kämpfe eingebunden, zumal es seit Juli 2008 auch noch eine militärische Eingreiftruppe (Quick Reaction Force) stellt. Seit 2001 war auch das KSK (Kommando Spezial-Kräfte) der Bundeswehr in Afghanistan in geheimen Missionen unter OEF-Führung im Einsatz (nach Untersuchungen des Verteidigungsausschusses bestand aber schon seit 2002 kein Bedarf nach einem KSK-Einsatz.). Die KSK war aktuell beteiligt an dem Luftangriff vom 4.9.2009. Der im Jahr 2008 diskutierte Einsatz von AWACS Flugzeugen mit auch deutscher Besatzung scheiterte am Widerstand der benachbarternLänder (Turkmenistan und Aserbaidschan. Das wäre ein weiterer Schritt zur Kriegsbeteiligung der Bundeswehr gewesen.

Literaturhinweise

Adolf, Matthias: Opiumökonomie Afghanistan, In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Bonn, Januar 2006, S. 75–81.

Afghanistan – In: INAMO (Berlin), 12 (Winter 2006) 48, S. 4–29.

Baraki, Matin: Stationen deutscher Afghanistan-Politik, In: Alnasseri, Sabah (Hrsg.): Politik jenseits der Kreuzzüge, Münster 2004, S. 19–47.

Erös, Reinhard: Unter Taliban, Warlords und Drogenbaronen: Eine deutsche Familie kämpft für Afghanistan, Hamburg, 2008.

Ehrhart, Hans Georg; Kaestner, Roland: Afghanistan: Scheitern oder Strategiewechsel?, in: Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, hg. vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, Hamburg, Mai 2008.

Haydt, Claudia; Marischka, Christoph; Wagner, Jürgen: Afghanistan – Die Deutsche Rolle, hg. von der Informationsstelle Militarisierung (IMI), Analyse 2007/29, Tübingen 2007.

Hörstel, Christoph R.: Sprengsatz Afghanistan, München, Knaur-Taschenbuch-Verl., 2007

Hörstel, Christoph R.: Brandherd Pakistan, Berlin; Homilius, 2008

Koelbl, Susanne; Ihlau, Olaf: Geliebtes, dunkles Land: Menschen und Mächte in Afghanistan, München 2007.

Marischka, Christoph: Der Krieg in Afghanistan ist verloren! Anatomie einer Eskalation, IMI-Standpunkt 2008/053, Tübingen 2008.

Roy, Oliver, Der falsche Krieg: Islamisten, Terroristen und die Irrtümer des Westens, München 2007.

Schetter, Conrad: Kleine Geschichte Afghanistans, München 2004.

Schetter, Conrad: Talibanistan – oder das Ende staatlicher Ordnung, in: Wissenschaft und Frieden 3/2008, Bonn 2008.

VENRO-Positionspapier 7/2009
Hilfsorganisationen fordern grundlegenden Kurswechsel in der Afghanistan-Politik
Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nicht-regierungsorganisationen e.V.

in englischer Sprache:

Giustozzi, A.: Koran Kalashnikov, and Laptop: the Neo-Taliban Insurgency in Afghanistan, NY 2008.

Rashid, A.: Descent into Chaos, Viking 2008.

Falling Short: Aid Effectiveness in Afghanistan. By Matt Waldman (ACBAR), March 2008. Download: http://www.acbar.org/ACBAR%20Publications/ACBAR%20Aid%20Effectiveness%20(25%20Mar%2008).pdf

Aus der Sicht der Bundesregierung und der sie beratenden Stiftung Wissenschaft und Politik:

Afghanistan-Konzept 2008 der Bundesregierung vom 9. Sept. 2008 (31. S.) (auf der Website der Bundesregierung)

Das internationale Engagement in Afghanistan: Strategien, Perspektiven, Konsequenzen. Hrsg. von Peter Schmidt (SWP). Mit Beiträgen von P. Schmidt, C. D. Maaβ, T. Noetzel, R. Kempin, M. Paul; C. Hofmann, J. Reissner, C. Wagner, F. Kupferschmidt, Berlin, August 2008, 92 S. (auf der Website der SWP)

Ruttig, Thomas: Afghanistan: Institutionen ohne Demokratie, Stiftung Wissenschaft und Politik, 2008

Netzadressen von Interesse

http://www.friedenskooperative.de/
https://www.dfg-vk.de/thematisches/afghanistankampagne/
http://www.afghanistandemo.de/
http://www.koop-frieden.de/
http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Afghanistan/
http://www.venro.org/

Spendenkonto

Förderverein Frieden e.V.
Konto-Nr. 1900 726 793
Sparkasse KölnBonn, BLZ 370 501 98
Stichwort: *Monitoring-Projekt*

Bestellung an

Kooperation für den Frieden
Römerstr. 88 · 53111 Bonn
Tel. 02 28/69 29 04 · Fax 02 28/69 29 06
info@koop-frieden.de

Organisation/Gruppe _____

Vorname, Name _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

eMail _____

Ich/wir bestellen ..... Expl. der BürgerInnen-Information zum Monitoring-Projekt.

Ich/wir bestellen ..... Expl. Dossier I: Der Iran-Konflikt

Ich/wir bestellen ..... Expl. Dossier II: Der türkisch-kurdische Konflikt

jeweils: 1 Expl. à 1,– EUR; ab 5 Expl. à 0,50 EUR; ab 50 Expl. à 0,40 EUR

Ich/wir bestellen ..... Expl. Dossier III: Der Israel-Palästina-Konflikt

Ich/wir bestellen ..... Expl. Dossier IV: Der Afghanistan-Konflikt – Neuauflage Nov. 09

jeweils: 1 Expl. à 1,20 EUR; ab 5 Expl. à 1,00 EUR; ab 50 Expl. à 0,70 EUR

zzgl. Versandkosten / gegen Rechnung.

12/2009

Eine englischsprachige Version des Dossier III: „**The Israel-Palestine-Conflict**“ findet sich als PDF unter: www.friedenskooperative.de/gifs/dossier3-en.pdf